8. Jahrg. Nr. 82 Preis 15 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 24. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis. 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Jubiläums-Rummel beginnt!

Die ersten Reden und Kundgebungen in Stahlrußland.

Der Jubiläumsrummel anläßlich des jöjährigen Bestehens der russischen Republik hat mit vollen Kräften eingesetzt. Diesseits und jenseits der Grenzen werden die Pauken und Schalmeien gerührt, daß es eine Lust ist. Jeden Tag treffen neue „Arbeiter"delegationen ein. Sie bestehen meist aus sozialdemokratischen Funktionären, Bonzen und Bonzchen mittleren und kleineren Formats, die hier eine Hoffnung wittern, mit Hilfe der russischen Bourgeoisie schneller vorwärtszukommen als daheim im Vaterland. An der Spitze dieser Delegationen stehen die bewährten Brandlerianer und zukünftigen Ministerlinge der bolschewistischen Parteien aller Länder. Aber auch ein Gegenmanöver findet statt. August Thalheimer kehrt nach Deutschland zurück. Das Zentralkomitee der KPD. hat es soeben beschlossen. Heinrich Brandler wird nachfolgen. Aber man merkt es nicht, denn alles wird übertönt von den schon erwähnten Pauken und Schalmeien für Festtagsreden in der ganzen bolschewistischen Welt.

Wir gestehen, es ist eine Lust zu leben. Zu einer bolschewistisch-stalinistischen Weltfeierlichkeit gehören aber auch Reden und Kundgebungen. Auch hierfür ist bereits aufs reichlichste gesorgt, obgleich es bis zum Geburtstag selbst noch einige Wochen hin sind. Die „Massen" marschieren, marschieren bereits, denn man will doch nicht aus dem Betrieb liegen oder durch die G. P. U., die Tscheke in die fernen Gefilde Sibiriens versandt werden, um dort zu bemerken, daß sich seit der Zaremeit nicht viel geändert hat.

Die Kommissare der Nep- und Kulakenwirtschaft, die Verkündiger der schönen Parole „Bereichert Euch" besteigen die Tribüne, um dem zusammenbefohlenen Volke und der bolschewistischen Parteibürokratie mit vorschriftsmäßig geschwellten Brüsten und verstärktem Elan zu beweisen, wie weit man es dennoch gebracht habe.

Einer der ersten, der solches vollbrachte, war Herr Rykow, der Wirtschafts- und Nepminister besagter Republik. Herr Rykow gab sich eigentlich nicht allzuviel Mühe. Er log nur in einigen Punkten dann allerdings gründlich. Der Kern seiner Rede war auf Konzessionen und Kreditpolitik eingestellt. Herr Rykow bemühte sich mit allen Kräften, den Bankiers der kapitalistischen Länder zu beweisen, daß ihre Kapitalsanlagen nirgends besser als bei ihm geborgen seien. Mit einer Handbewegung zerstörte wie vorher Woroschilow, Stalin und andere schon der Schwindel, als ob der „drolende Krieg", von dem die bolschewistische Presse Europas nun schon seit Jahren lebt, von heute auf morgen über die Stalinrepublik hereinbrechen könnte. Es sei nicht möglich, heute den Zeitpunkt des Ueberfalls auf die Sowjetunion vorauszusehen", sagte dieser revolutionäre Pazifist wörtlich. Und fährt fort: „Bedeutende Aussichten für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes der Sowjetunion um eine friedliche Ruhepause bestehen insofern, als nicht alle kapitalistischen Länder an einem Kriege mit der Sowjetunion Nutzen ziehen würden. Mehrere von ihnen würden vielmehr im Falle einer bürgerlichen Restauration (d. Red.) verlieren." (Rote Fahne, 18. Oktober 1927). Herr Rykow singt also mittelbar ein Loblied auf die bürgerliche Demokratie. Er wandelt hierbei auf den Spuren des Herrn Kalinin, Präsidenten des russischen Bauernstaates von heute, der schon vor längerer Zeit bürgerlichen Berichterstattern gegenüber aussprach, daß auch die Form der Rote zerstört werden würde, falls sie sich als nicht mehr zweckmäßig erweise. Ihrem Inhalt nach haben diese „Sowjets" mit proletarischer Diktatur schon heute nicht mehr das Geringste zu tun.

Die sozialdemokratischen „Arbeiter"delegationen werden solche „Jubiläums"bekenntnisse, gleichgültig, ob sie in offener oder verschleierter Form geschehen, zu würdigen wissen. Das Gleiche werden die sozialdemokratischen Parteien, die heute schon — siehe Hamburg — gegenüber der Kommunistischen Partei einen neuen Ton — neunen wir ihn getrost den Jubiläumston — anschlagen. Und hinter diesen stehen die mehr oder minder „demokratischen" Bankiers der ganzen kapitalistischen Welt.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Bergarbeiter!

Auf zum revolutionären Kampf gegen die Schlichtungsdiktatur!

Mitteldeutsche Braunkohlenarbeiter! Seit dem 17. Oktober streikt ihr, um eure Schwerstarbeiter-Hungerlöhne um 80 Pfg. pro Schicht zu erhöhen, — um eine „Lohnzulage", deren realer Wert durch die jetzige Teuerungswelle schon aufgefressen wird, ehe eure Forderung erfüllt ist. Die Gewerkschaftsinstanzen mußten wohl oder übel die Streikparole herausgeben, nachdem all ihr Kuhhandel mit den Kohlenkönigen resultatlos blieb.

Ihr seid stolz auf eure „Einheitsfront", d. h. daß die gelbsüchtigen Christlichen und Hirsch-Dunkerschen mit den „freien" Gewerkschaften an einem Strang ziehen. Aber die linksbürgerlichen Parlamentsparteien und die Noske-Sozialdemokratie heucheln nur Sympathie mit euch, weil sie euren Streik als ein erstes großes **Manöver zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen benutzen.** Oder glaubt ihr schon, daß die demokratische Fraktion der Bourgeoisie ehrlich auf eurer Seite steht?

Braunkohlenarbeiter! Euer Streik ist auf dem besten Wege in die Sackgasse der sozialfaschistischen Schlichtungs-Praxis, weil ihr ihn führt nach den berüchtigten Methoden der

gewerkschaftlichen Niederlagentaktik.

Ihr seid isoliert — denn die tariftreuen Gewerkschaften denken nicht daran, zu eurer solidarischen Unterstützung die Ruhrbergarbeiter und die Aachener Braunkohlengräber aufzurufen. Ihr verzichtet darauf, gegenüber den Ausbeutern die Streikwaffe mit ganzer Wucht zu gebrauchen — denn ihr leistet auf gewerkschaftlichem Beleid die nur den Kohlenbaronen zugute kommenden Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben, z. B. in den Gruben des Großkraftwerks Zschornewitz, der Leunawerke usw. Die Folge dieser gewerkschaftlichen Nadelstichtaktik ist, daß ihr selbst die Voraussetzungen für eure Kapitulation schafft, — wie seinerzeit die englischen Bergarbeiter.

Euer Kampf ist auch deswegen solange keine Durchschlagskraft, wie ihr euch an die Illusion des „reinwirtschaftlichen" Streiks klammert. Seht auf eure Ausbeuter und lernt an ihrer Kampftaktik. Die Kohlenkönige betrachten den mitteldeutschen Streik als eine Machtfrage, und die gesamte Bourgeoisie steht hinter ihnen und mobilisiert ihre Klassengewalt gegen die Streikenden. **Bereits am ersten Streiktage sind im Grubenbezirk Weißenfels besondere Schutzpolizei-Abteilungen eingerückt, um wie 1921 zur brutalsten Niederknüppelung der rebellierenden Proletarier bereit zu stehen! Das Eingreifen der kapitalistischen Staatsgewalt allein schon stempelt euren Streik zu einem Machtkampf, treibt ihn ins politische Fahrwasser!**

Wie steht aber eure gewerkschaftliche Kampfleitung zu dieser Machtpolitik der Unternehmer und ihres Staates? Sie hat euch befohlen: „Oeffentliche politische Veranstaltungen jeder Art sind während der Streikdauer zu melden." Das heißt: **„Ihr sollt euch durch die schwarzrotgelbe Faschistendemokratie die Hände binden lassen, — anstatt mit politisch organisierter**

Klassengewalt gegen die Unternehmer vorzugehen, um so mit dem Schwerte des revolutionären Klassenkampfes die Kapitalistenklasse und ihre staatliche Machtorganisation anzugreifen! Ihr steht auf Befehl der Gewerkschaften Gewehr bei Fuß — und seid deshalb politisch ohnmächtig gegenüber euren mit allen Mitteln kämpfenden Ausbeutern.

Streikende Braunkohlenarbeiter! Euer Kampf ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Sozialdemokratische Regierungsbeamte (Grützner usw.) hetzen euch bewaffnete Garden auf den Hals, weil das die Interessen der bürgerlichen Schwindeldemokratie erfordern. **Aus demselben Interesse aus kapitalistischen Nonsenses sind die Gewerkschaftsführer jetzt drauf und dran, gemeinsam mit der staatlichen Schlichtungsbürokratie**

euren Streik niederzuwerfen.

Welches Ergebnis auch die Schlichtungsverhandlungen haben — eure soziale Lage wird genau so hundserbärmlich sein wie vordem. **Die Fetzen des Verbindlichkeit soll euch in die Gruben zurücktreiben — und die „freien Gewerkschaften werden wie stets, den Zwangsarbeit sanktionieren, da sie ja als Hüter der bürgerlich-demokratischen Gesetzlichkeit das schwarzrotgelbe Schiedsspruch-Faschismus heilig schützen müssen.**

Ihr jedoch, mitteldeutsche Bergarbeiter, müßt begreifen, was auf der Tagesordnung steht:

Entweder immer neue Hungerschiedssprüche und Sklavenverträge — oder revolutionärer Kampf gegen die Lohnwucherschicht — oder durch die von revolutionären System der Ausbeutung!

Entweder durch Tarifpolitik zur Verewigung der Aktionsausschüssen getragene Klassenpolitik zur Sprengung der kapitalistischen Fesseln!

Entweder mit den Berufsgewerkschaften lebensfählich ins wirtschaftsdemokratische Zuchthaus der Schlichtungsdiktatur — oder mit der proletarischen Klassenkampforganisation der Allgemeinen Arbeiter-Union vorwärts zur revolutionären Massenaktion gegen die Kapitalistenbrut!

Herr Rykow klagt beweglich: „Der auswärtige Handel der Sowjetunion zeigt keine genügende Entwicklung . . . die Industrialisierung der Sowjetunion erfordert einen größtmöglichen Ausbau der Beziehungen zum Auslande". Und dann die große Absage, die revolutionäre Betätigung, die offizielleste Anerkennung der kapitalistischen Ordnung, durch den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Herr Rykow kleidet sie in folgende Worte: „Das gegenwärtige internationale Kräfteverhältnis macht die Notwendigkeit des sozialistischen und kapitalistischen Systems gleichzeitig unvermeidlich. Und er zieht daraus sogleich die praktischen Schlußfolgerungen, denn er sagt: „Die Hauptaufgabe der Sowjetpolitik in den letzten Jahren und auch heute ist die Sicherung der Möglichkeit eines friedlichen Aufbaus . . . Die Sowjetunion ist in keiner Weise an einem Kriege interessiert (also auch an einem revolutionären nicht. D. Red.) Und das trotz Wien, trotz des englischen Generalstreiks, des tätarischen Aufstandes an den Grenzen der russischen Republik und der westlichen Gärung im internationalen Proletariat. Rykow bekennt sich bewußt zur Friedenspolitik, d. h. zur Politik der absoluten und von vornherein gelobten Widerstandslosigkeit gegenüber allen kapitalistischen Angriffen in der ganzen Welt. Er weiß, daß eine kraftvolle Einstellung, die dem Angriff der Gegner nicht ausweicht, „den Beginn der sozialistischen Revolution in anderen Ländern beschleunigen" und „den Kapitalismus selbst gefährden" würde. Aber eben das wollen die russischen Staatsmänner nicht. Feiern sie doch ihr Jubiläum im Zeichen des kapitalistischen Aufbaues. „Das vergangene Jahrzehnt . . . das Heldenalter der Revolution, ist nach Rykow vorüber.

Aber wie die Lügen und Verschleierungen hinsichtlich der „sozialistischen" Wirtschaftspolitik im Innern Rußlands in der Rede des Herrn Rykow betrifft, so sind sie leicht zu entschleiern und zu widerlegen. Sie werden nicht wahrer dadurch, daß sich ähnliche Lügen und Entschleierungen in den soeben noch vorliegenden Jubiläums-Kundgebungen wie dem Manifest des Exekutivkomitees der Proletarier aller Länder oder dem derselben Behörde zu einer Kampagne für den „ersten Jahrestag" ebenfalls vorfinden.

Wo steht die Partei?

(Zur kommenden Zentralausschuß-Sitzung.)

Von einem Hamburger Genossen.*)

1. Die Probe auf's Exempel.

Was Marx im 18. Brumaire über den wechselvollen Verlauf der Arbeiterrevolution sagt, gilt auch vom Wesen und Werden der proletarischen Partei. Mit dem Klassenkampf ist die kommunistische Avantgarde einer ständigen Kritik in sich selbst unterworfen, kommt sie immer wieder auf das scheinbar Vollbrachte zurück, muß sie ihr in harten Kämpfen erworbenes geistiges Besitztum stets aufs neue erobern, wenn organisatorische Kraft und politische Geschlossenheit von Bestand sein soll. Die gesellschaftliche Entwicklung läuft nicht geradlinig ab, sondern reizt sich darin, daß alle Probleme ihrer Lösung nur entgegengreifen, indem sie in anderem Gewande immer wieder zur Entscheidung stehen. Deshalb kann auch die revolutionäre Arbeiterorganisation den Widersprüchen des politischen Lebens bei Strafe ihres Untergangs nicht ausweichen.

Mögen wehleidige Gemüter darüber klagen, daß die Partei gegenwärtig wiederum von heftigen Auseinandersetzungen um ihre Marschroute erfüllt ist, mögen Tradition und organisatorische Beschränktheit hier den Ruf nach einem gerechten Frieden erheben, dennoch muß die Partei auch diesmal die, durch eine an sich belanglose Angelegenheit zur Debatte gestellten wichtigen Fragen unbarmherzig auskämpfen und sie wird aufs neue gerüstet sein, wenn sie die Lehren dieser Differenzen ihrer inneren Praxis wirklich dienstbar macht. Da ist nun zunächst einmal deutlich geworden, daß die Liquidierung der „Entschiedenen Linken" nicht als einmaliger Akt einfach über anfeuernde Parolen und einstimmige Beschlüsse schon erledigt werden konnte. Gerade weil durch den Ablauf der E.L.-Angelegenheit der Partei ihre Handlungsweise zum Schluß aufgezwungen war, mußte um so klarer vor ihren Augen stehen, daß die Vereinigung zweier ihrer Herkunft nach so verschiedenen Arbeitergruppen unvermeidlich und solange Rückschläge zeitigen wird, bis die wirkliche Einheit der Organisation wieder ausgekämpft ist. Deshalb darf die Partei die gegenwärtigen Streitfragen nicht unter dem Gesichtspunkt sehen, daß die gemeinsame Arbeit mit der E. L. „zwecks zur Verbreiterung der Basis der Partei zum Schaden (geistlich geworden ist"*). Mehr noch als die Notwendigkeit jene Kämpfer für die Revolution zu werben, muß uns gerade jetzt das Bewußtsein gelten, daß wir in der Krise der Kominern auf dem Punkte waren, daß die Partei nach jahrelanger Isolation in der Frage der E. L. endlich wieder das Gesicht der Arbeiterklasse zugewandt hat und daß die hier zur Entfaltung gekommene Stoßkraft für die Zukunft verloren gehen, daß die Organisation in frühere Positionen zurückfallen wird, wenn die Angst vor dem Bolschewismus wie eine Furcht vor der Pest unsere Richtschnur werden soll.

Weil die Partei zu weiteren Kämpfen rüsten muß, um neue Brüsche in die parlamentarisch-gewerkschaftliche Konterrevolution zu schlagen, kann auch die positive Lösung der gegenwärtigen Differenzen nicht durch einfache Gegenüberstellung der altgedienten Leute mit neuen Rekruten gefunden werden. Es nützen jetzt weder theoretische Betrachtungen über marxistische Schulung noch entäuschte Berechnungen über ausgebliebenen organisatorischen Zuwachs. Die Partei muß ihre Geschlossenheit im Angesicht der nächsten Aufgaben erkämpfen, d. h. sie muß offen bekennen, daß der gegenwärtige Streit um das Fazit ihres ersten Anlaufs zur beweglichen Taktik geht.

Es ist schon auf der letzten Zentralausschuß-Sitzung darauf hingewiesen worden, daß die Partei den Weg der Revolution nur zwischen Szylla und Charybdis hindurch beschreiten kann, daß jener Essener Akademikerkommunismus, der vor lauter „Endziel" keine Arbeiterbewegung mehr sieht, der Zwillingsbruder des prinzipienlosen Opportunismus ist, dem die Bewegung an sich schon über alles geht. Gerade weil die Partei den Gefahren des Klassenkampfes nur im Verzicht auf die Revolution ein für allemal aus dem Wege gehen kann, gilt es immer wieder zu prüfen, ob Prinzip und Taktik auch im Einklang sind. Wenn schon im Frühjahr die ersten Zeichen dafür vorlagen, daß man verschiedentlich geneigt ist, unsere offensive Arbeit nicht als die kommende, aus der kapitalistischen Entwicklung gezebene Linie der Partei, sondern mehr als ein augenblickliches Manöver zu betrachten, so muß heute festgestellt werden, daß die Organisation ihre erste Probe aufs Exempel nicht bestanden hat, daß die praktische Anwendung unserer Prinzipien jetzt auf beiden Seiten zu Auffassungen geführt hat, die vom Standpunkt des revolutionären Marxismus zurückgewiesen werden müssen.

Der Tiefstand der bisherigen Debatte zeigt sich darin, daß die sogenannte Opposition immer um die eigentliche Frage herummarschiert und fanatisch auf organisatorischen Dingen paukt, die nur im politischen Zusammenhang einen Sinn bekommen. Wenn diese sogenannte Opposition nicht von einem geradezu sträflichen politischen Fatalismus beherrscht wäre, hätte sie nicht grundlos zu armseligem organisatorischem Terror gegriffen, ihren Kampf nicht zu einer Familienangelegenheit gemacht, sondern den vermeintlich falschen Weg der Partei vom Standpunkt ihrer höchsten politischen Arbeit gezeigt und sich damit verdient, daß sie ernst genommen wird. Auf der anderen Seite aber ist mit dem Wort von der Zweckmäßigkeit reichlich Schindluder getrieben worden, sodaß der Zentralausschuß hier an einer Frage, die doch eine sein dürfte, gerade vom Standpunkt der beweglichen Taktik nicht einfach vorüber gehen kann.

2. Marxismus und Antiparlamentarismus.

Ein Angelpunkt der aktuellen Streitfragen soll darin bestehen, daß die mit der „Entschiedenen Linken" zu uns herübergekommenen Genossen den Standpunkt der Partei meist nur erst oberflächlich und mehr mit dem Gefühl als mit dem Kopfe erfaßt hätten. Es ist klar, daß aus der einfachen Negation der Ekkipolitik nicht über Nacht schon ein Bekenntnis zum revolutionären Kommunismus werden kann. Die traditionellen Vorstellungen jener jahrelangen Oppositionswühlerei, die letzten Endes schlechthin zur mechanischen Verneinung alles Bestehenden hinüberpendelt und den vergifteten Geist der Konspiration in Fleisch und Blut eingehen läßt, sind eben nicht schon durch ein bischen Propagandaarbeit aus der Welt geschafft. Der Klassenkampf selbst, d. h. die Erfahrung und praktische Betätigung in unserer Organisation vermag hier rascher und gründlicheren Wandel herbeizuführen als alle Wissenschaft. Ein Blick aber auf die Zusammensetzung der sogenannten Opposition müßte die Partei davon überzeugen, daß hier derselbe alte Berliner Unterbezirk als Kernstück figuriert, der die Organisation durch seine Anträge schon verschiedentlich zum politischen Panoptikum stempeln wollte und auf dessen Stärke sich die Wortführer der „Opposition" jetzt mit Stolz berufen. Die Partei hat eben zu lange die Berührung mit dem politischen Leben gemieden und viel versäumt, indem sie zögernd nur dem fortgesetzten Drängen nach größerer Beweglichkeit nachgab. Sie muß sich deshalb ernstlich die Frage vorlegen, wie weit sich die gegenen Kreise, d. h. die Kategorische Sprache jener merkwürdigen Prinzipienreiter, die Ostern auf dem besten Wege waren, das Essen und Trinken für konterrevolutionär zu erklären, der Anstoß zu den augenblicklichen Debatten kam.

Die Partei muß ihre Arbeit fernerhin noch viel mehr aus der Wirklichkeit ableiten, darf dabei nicht von geschraubten Vorstellungen ausgehen, sondern muß immer wieder zeigen, wie das revolutionäre Prinzip und seine Taktik aus dem realen Gang des Kapitalismus selbst erwächst. Wenn wir beispielsweise gegenüber dem Syndikalismus betonen, daß der revolutionäre Marxismus nicht prinzipiell, sondern nur für die schon vor dem Kriege begonnene monopolistische Phase des Kapitalismus antiparlamentarisch ist, sollen dadurch die Verdienste des Syndikalismus, der in Deutschland als revolutionärer Mahner aus der Bewegung der Jungen entsprang, keineswegs geschmälert werden, aber wir zerschlagen hier jeglichen „marxistische" Kombination, die den revolutionären Antiparlamentarismus mit einer fatalistisch-anbetenschlichen Vorstellung von der Todeskrise verknüpft und zur Wurzel einer Art ethischen Antiparlamentarismus wird. Umgekehrt aber ist der revolutionäre Vortrupp gezwungen, die Entwicklung dieses monopolistischen Kapitalismus immer wieder im einzelnen aufzuzeigen und die Arbeitermassen so im Kampf um das Leben für aktiven Antiparlamentarismus mobil zu machen. Hier tauchen dann verschiedene Fragen auf, deren Zweckmäßigkeit allerdings von anderer Art ist als das Wort jetzt bei uns einen Sinn erhalten hat.

Die Verteidigung des GHA. sieht die parlamentarische Konterrevolution im wesentlichen nicht in der Korruptionsgefahr für den Abgeordneten, sondern in der Auswirkung des Wahlbetriebs und der parlamentarischen Betätigung auf die Ideologie der Massen und das Wesen der Partei. Während die „Opposition" als politische Unschuld auf diese Argumentation nur die kindliche Antwort weiß, daß ein Fall, wo ein Parlamentarier nicht korrumpiert wird, natürlich nicht ausgeschlossen sei, Sie begreift nicht, die richtige Argumentation des GHA. ebenfalls „primitiv" bleiben muß, wenn dem Klassenkampf nicht zugleich ganz konkrete Aufgaben gestellt werden. Der entscheidende Gesichtspunkt des revolutionären Antiparlamentarismus besteht darin, daß der Massenkampf gegen das monopolistische Kapital und seine demokratischen Trabanten die alten organisatorischen Bindungen der Arbeiterklasse zerbrechen muß, damit die freigesetzte Energie sich in proletarischer Kampfformation als revolutionärer Wille und marxistische Erkenntnis ständig zu reproduzieren vermag. Deshalb reicht die Begründung des GHA. gegen den leninistischen Vorwurf des Antiparlamentarismus aus Angst nicht aus.

Lenin bezeichnet die Frage nach dem Verhältnis von Massen und Führer als „linke Kinderkrankheit". Lenin vertritt — wie Rosa Luxemburg treffend sagt — den sterilen Nachtwächterstreit, den Standpunkt der Herrschaft des unfehlbaren Zentralkomitees, während der revolutionäre Kommunismus betont, daß sich proletarisches Klassenbewußtsein ohne organisatorische Betätigungsmöglichkeit nicht zu revolutionärer Kampfkraft entfalten und an seinen Aufgaben wachsen kann. Ideologie und Organisation sind in wechselseitiger Beziehung derart unzertrennbar mit einander verknüpft, daß alle marxistische Propaganda eine toneide Phrase bleibt, wo der revolutionäre Wille zu Lasten der Organisation in den parlamentarischen Gewerkschaftlichen Organisationen verkürzt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Geschichte der Partei, die sich aus der Praxis des Klassenkampfes heraus ihre eigene Linie erarbeitet. Wie Stelle der evtl. mit strikter Reserve vorbereiteten Verbrauens der Wähler zu den Beauftragten tritt Kontrolle und direkte Verantwortlichkeit. Wahlversprechungen werden durch gebundenes Mandat und jederzeitige Abberufbarkeit ersetzt und die Auslese des proletarischen Wortführertums wird nicht mehr nach Rangordnung geregelt und durch Reklame entschieden, sondern ist ein Produkt des Klassenkampfes. Lenin versucht diese proletarische Organisation damit als utopisch abzutun, daß die Massen heute von der Lohnarbeit leben müssen und der Parlamentarismus als politischer Ausdruck eben desselben Kapitalismus noch vorhanden sei. Aber er verlauscht diese Tatsachen mit geschickt hält der Notwendigkeit, daß die Massen, um zu leben, heute gegen das monopolistische Kapital anstehen, d. h. antiparlamentarisch handeln müssen, und weicht so der Aufgabe des Vortrupps aus, der da klimpelnd zeigen soll, was die Klasse tun muß, um zu ihrer Befreiung zu kommen.

Deshalb muß hervorgehoben werden, daß der Parlamentarismus das Wesen der proletarischen Partei nicht nur verändert, indem der Wahlberieb die Qualität ihrer Kämpfer durch die Quantität verdrängt, sondern daß er zugleich auch in der Arbeiterorganisation jene Barriere anfrichtet, die der Verwirklichung proletarischer Kollektive im Wege steht und damit wieder alle politische Arbeit über den Haufen wirft. Diese grundlegenden Lehren der Arbeiterrevolution sind nicht durch den Beweis zu verdrängen, daß man nur Schritten gehen kann, wo auch das Licht zu Hause ist, weil diese sonderbare Dialektik vergißt, daß selbst die kleinsten „Vorteile" des Parlamentarismus den organisatorischen und damit den politischen Notwendigkeiten der proletarischen Revolution überall entgegengesetzt sind. Immer und zu allen Zeiten trennt mittelbar die kapitalistische Staatsmaschine hier den parlamentarischen Führer von jenen Massen, deren Befreiung anders als im vorigen Jahrhundert jetzt ihr eigen Werk sein muß. Deshalb kann der Parlamentarismus von Vorteilen und Nachteilen des Parlamentarismus mit einer gewissen letzten Berechtigung nur noch bei der ersten Herausarbeitung der marxistischen Theorie gegen den Sozialdemokratismus in Erscheinung treten, praktisch hat sie heute jeden Sinn verloren, weil die allerkleinsten Vorteile hier — eben Nachteile sind.

In diesem Lichte muß auch die bisherige Fragestellung der parlamentarischen Korruption völlig falsch erscheinen, weil es ja nicht darum geht, ob die Menschen morgen alle Engel sind, sondern ob die Kontrolle der Partei oder Klasse ihre Beauftragten lederzeit zu erreichen vermag oder nicht. Wer diesen Drehpunkt unserer ganzen Bewegung ignoriert, steht mit seinem Appell an „das Bewußtsein der Mitgliedschaft" praktisch auf dem Standpunkt der Gewerkschaftsbürokrat, die den revolutionären Geist nur unter der Voraussetzung in den Himmel heben, daß er ohnehin an die Bleigewichte der alten Organisationen gefesselt bleibt. Dem gegenüber muß mit aller Schärfe betont werden, daß alles Bewußtsein nur wirklich in Aktion treten kann, wenn es sich organisatorisch zu verankern wußte, das zugleich aber die proletarische Organisation der Stachel für die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins ist. Nur auf diesem Untergrund können die beiden erwähnten Argumente des GHA. für die Stellung der Partei zum Parlamentarismus Geltung haben und die Richtschnur unserer praktischen Arbeit sein. Sie identifiziert nicht den Parlamentarismus einfach als Reformismus mit dem Brotkampf der Arbeiterklasse, wie es noch kürzlich heutige Anhänger der Opposition getan haben, sondern stellt in den Mittelpunkt, daß alle Arbeiterkämpfe zur Revolution hinzeigen, wo proletarische Taktik und Organisation, wo Massenkampf gegen die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet ist. Ohne jede Rückscht muß gesagt werden, daß die Formulierungen des GHA. in der weiteren Entwicklung dazu führen könnten, unsere Taktik vom Prinzip zu lösen. Aber wichtiger noch ist, daß er — wenn auch nach unserer Meinung mit falschen Resultaten — um die Lösung einer praktischen Aufgabe ringen hat, die zum ersten Mal vor unserer Organisation stand, während sich die Opposition in Radau geübt und nach Elefantenmanier zu Konsequenzen griff, die unbedingt noch einer näheren Beleuchtung bedürfen.

*) Der Schreiber dieses Artikels ist Mitglied der Kontrollkommission und gehörte dem vorläufigen Bezirksvorstand der Hamburger Organisation den Standpunkt, daß die politische Auseinandersetzung im gegenwärtigen Fall Schwarz durch die politischen Formulierungen des GHA. und den ultimativen Ruhen der Opposition von der richtigen Lösung hätten ablenken müssen. Der Verfasser hatte die Ehre, bei der Gründung unserer Ortsgruppe mitgeholfen zu haben und der Gesinnung unserer Ortsgruppe nahe zu stehen. Trotzdem ist er der Ansicht, daß die Partei jetzt eine Zeit lang ohne Opposition auskommen muß.

**) Randschreiben der Opposition, Sept. 1927.

Mitteilungen

Zentralausschuß-Sitzung am 29. und 30. Oktober in Berlin.

Die vom GHA. vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Die Lehren der letzten Parteikampagne.
2. Vorbereitung des Parteitages.
3. Organisatorisches.
4. Verschiedenes.

Näheres durch Rundschreiben.

Der GHA. der KAPD.

Bezirkskonferenz K. A. P. Ruhrgebiet.

Am Sonntag, den 6. November 1927, vormittags, 9 Uhr, findet in Essen im Lokal Seidenstücker, Segerothstr. 63 eine Bezirkskonferenz für das Ruhrgebiet statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Zentral-Ausschuß-Sitzung.
2. Unsere Aufgaben im Ruhrgebiet.
3. Verschiedenes.

Delegierte müssen einen Ausweis von ihrer Ortsgruppe. Gäste haben ihre Mitgliedskarten mitzubringen.

K. A. P. D. Bezirk Ruhrgebiet.
Groß-Berlin.

Alle Unions und Parteigenossen und Genossinnen sowie Jugend treffen sich zur „Wanderfahrt" am Sonntag, den 23. Oktober, 6 Uhr morgens — Gesundbrunnen — Fahrkartenschalter. **Sonntagsrückfahrkarte** bis Eberswalde, 1, 90 Mark. **Rückfahrt** von Melchow.

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab _____ die

Kommunistische „Arbeiter-Zeitung"

_____ (Vor- und Zuname)

_____ (Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

Wie wahr die Darstellungen Rykows und seiner Gefolgsmannen über die russischen Löhne sind, wird jeder deutsche Arbeiter aus den Angaben ersehen, die sich in dem amtlichen Manifesten und Reden über die Entwicklung der Löhne in den außerrussischen Ländern befinden. Danach sollen die Reallöhne in Deutschland gemessen an den Preisen der Nahrungsmittel zwischen dem 1. Juli 1924 und dem 1. April 1927 von 55 auf 76 gestiegen sein. Mit dieser unerhörten Darstellung, die sich in Nr. 101 der Iswestiw vom 15. Oktober 1927 befindet, kann man die unverschämtesten Argumente der deutschen Unternehmer in ihrem Kampf gegen jegliche Erhöhung der deutschen Hungerlöhne stützen und rechtfertigen. Vielleicht kommen die Ekkiredner mit diesem „Argument". Herr Rykow hat sich denn auch in seiner glanzvollen Rede dieses „Arguments" im Jahre 1927 „in England um 4 Punkte" gestiegen. löhne" im Jahre 1927 „in England um 4 Punkte" gestiegen. Danach fragt man sich, warum eigentlich die englischen Arbeiter so mißvergnügt sind. Wir fügen hinzu, daß diese Ziffern der Revue Internationale du travail, der Zeitschrift des Arbeitsamts beim Genfer Völkerbund entnommen sind. Die Herren Kommissare und Trabanten zitieren bedenkenlos aus dieser sozialdemokratischen Zeitschrift, was bei ihren guten Beziehungen zu Genf natürlich ist. Oder will man mit diesen „Feststellungen", soweit sie die englische Wirtschaft, die Wiederaufnahme der Beziehungen zur englischen Scharfmacherregierung fördern, die in einer vor den Putilowarbeitern gehaltenen Rede dieser Tage niemand anders als Litwinow forderte, der auch nicht versäumte, in dieser selben Rede die Bedeutung des russisch-persischen Handelsvertrages mit seiner Aufhebung des Außenhandelsmonopols erneut hervorzuheben.

Allerdings wollte Herr Rykow mit seiner Argumentation wo anders hinaus. Er „bewies" nämlich, daß sich die Reallöhne in England zwar um 4, in Rußland jedoch um „8 Punkte" gehoben hätten. Das ist selbst wenn es wahr wäre, angesichts des immer wieder betonten „stürmischen Wachstums" der Industrie sehr wenig, zumal Herr Rykow es im Dunkeln läßt, wie groß seine Punkte sind und woher er sie nimmt. Aber mit diesen Punkten läßt sich noch weniger Staat machen, wenn man bedenkt, daß, wie auch der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrat, Knibischew, in seiner Jubiläumsrede (Rote Fahne, 20. Oktober) zugibt, zugleich die Arbeitsproduktivität, d. h. bei dem schlechten technischen Apparat der russischen Industrie die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gestiegen ist. Auch herin muß die Höhe des Reallohns gemessen werden, besonders wenn es sich um einen Staat handelt, der sich unter anderem auch Arbeiterstaat nennt. Dann sieht es aber mit der „Erhöhung" des Reallohnes sehr traurig aus, selbst wenn wir die amtlichen russischen Ziffern zu Grunde legen. Darnach hat sich der Lohn der russischen Arbeiter in den ersten acht Monaten um 12,5 Prozent, die Arbeitsproduktivität jedoch um 11,8 Prozent erhöht. (Die Volkswirtschaft der U. d. S. S. R., Heft 17). Eine Erhöhung des Reallohns hätte also überhaupt nicht stattgefunden. Wir wissen aber mehr. Wir wissen aus der Tud, dem Organ der russischen Gewerkschaften, daß noch im Jahre 1926 die Löhne der verschiedensten Arbeiterkategorien entsetzlich niedrig waren. Damals sträubten sich die Volkskommissare mit Rykow an der Spitze gegen jede wirkliche Lohnerhöhung. Ein Dekret der Kommissare Stalin, Rykow und Knibischew vom 16. August 1926 verkündete kategorisch: „Die Sparsamkeit ist eine Losung für eine ganze Periode unserer wirtschaftlichen Entwicklung, um auf diese Weise hunderte von Millionen für die Bedürfnisse der Industrie freizumachen. Bei der gegebenen Arbeitsorganisation ist das Vorhandensein von für die Produktion nötigen Arbeitern in den Fabriken und Werken ein Verbrechen." Das ist kaum mehr als ein Jahr her. Die Stalin und Rykow haben sich nicht gewandelt. Aber die Statistik ist eine wächserne Nase. Die „gewaltigen Lohnsteigerungen", die die Unteragenten Rykows in Deutschland aus den Jubiläumsziffern werden herauslesen wollen, steht auf dem Papier.

Um ein anderes Problem, nämlich die Frage der Arbeitslosigkeit, drückt sich Herr Rykow mit Eleganz herum. Er scheut sich Ziffern zu geben und faselt nur etwas von Unterstützung. Wir helfen ihm gern auf die Sprünge und teilen mit, daß die Zahl der Erwerbslosen in Rußland im Mai dieses Jahres nicht weniger als 1 438 000 gegen 920 409 im September des Jahres 1925 betrug. Davon erhält, wie der Brandlerianer Georg Schumann auf der Tagung des Zentralrats der R.G.I. im Jahre 1926 ausplauderte, nur ein Drittel Erwerbslosenunterstützung. Ob diese wohl auch „die Jubelstimmung" teilen, von der die Rote Fahne vom 20. Oktober pflichtschuldigst aus Leningrad meldet.

Die Rykow, Stalin und Knibischew trösten sich aber. Der sozialistische Faktor ist wenigstens gewachsen, so verkünden sie und bringen Ziffern über das Wachstum der staatlichen Industrie, woraus übrigens hervorgeht, daß dieses Wachstum immer weniger „stürmisch" wird. Gemach, ihr Herren. Verstaatlichung ist nicht Sozialismus. Sonst wäre auch Herr von Bismarck, der die deutsche Reichsbahn verstaatlichte, ein Sozialist. Und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Industrie im letzten Jahrzehnt noch „stürmischer" wuchs als diejenige Stalinrußlands, würden an der Spitze des Sozialismus im Weltmaßstabe marschieren. Aber Sozialismus ist nicht identisch mit Verstaatlichung. Und ihr habt selbst diese Verstaatlichung auf. Eure internationale Pump- und Kreditwirtschaft hat die russische Wirtschaft bereits in den Sumpf der Dawesierung hineingeführt. Ihr empfängt Herrn Harriman aus New York und die Hohenzollernprinzessin aus Berlin mit den größten Ehren. Ihr habt Harriman die gesamte Manganproduktion Rußlands auf 18 Jahre ausgeliefert. Ihr zahlt die Zarenschulden den Rothschilds zurück. Ihr habt geschwiegen, als Herr Paul Scheffer, der Manager des Berliner Tageblatts in Moskau, unter Berufung auf den Willen der russischen Behörden ein Fünftel der Staatsindustrie öffentlich ausbot. Wenn ihr vom Siebenstundentag faselt, so seid ihr leicht zu widerlegen. Sorgt dafür, daß die Hunderttausende von Ueberstunden, von denen euer eigenes Gewerkschaftsorgan, die Trud, zu berichten weiß, nicht mehr geschuftet werden. Sorgt zunächst einmal dafür, daß mit dem Ueberstundenunfug innerhalb Eurer eigenen Räume, d. h. bei euren eigenen Untergebenen, im Obersten Volkswirtschaftsrat selbst aufgeräumt wird.

Von den Verhältnissen auf dem Lande braucht nicht viel gesagt zu werden. Hat doch eure eigene Klara Zetkin in eurem eigenen Organ, der Kommunistischen Internationale vom Oktober 1926 zugegeben, daß „Pacht und Lohnarbeit in Wirklichkeit fortbestehen, als Aussaugmethoden des wohlhabenden Bauern über Grund und Boden und fremde Arbeitskraft", die „Folge" aber „wirtschaftliche Abhängigkeit der meisten Dorfarmen von den begüterten Bauern" sei. Ihr denkt aber nicht daran, die Dorfbourgeoisie anzupacken; denn „ein Druck auf die Landwirtschaft zwecks Herbeischaffung der erforderlichen Industrialisierungsmittel würde" nach Herrn Rykow „die Kaufkraft der Bauern vermindern und damit der ganzen Volkswirtschaft schaden." Nach der Kaufkraft der Arbeiter fragt ihr einen Dreck. Auf das Salbadern von Hilfskassen für die Dorfarmut usw. einzugehen, lohnt sich nicht. Es ist das Gewimmel aller Sozialdemokraten und Reformisten. So ist das Erbe der russischen Revolution in 10 Jahren schmählich verraten worden. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt die Zwiegespräche zwischen der Sozialdemokratie und den Bolschewisten über die „Einheitsfront" lebhafter werden. Auch der Jubiläumsrummel ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Reformisten aller Länder, vereinigt Euch. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird daraus nur Vorteil ziehen. Sie wird dann in der Lage sein, zwei Fliegen mit einer Klappe zu treffen, d. h. die Sozialdemokraten von beiderlei Kouleur, die vorher getrennt marschierten, mit einem Schlage treffen, schlagen und vernichten zu können.

Politische Rundschau

Kapitalistenfrechheit

Wir haben in voriger Nummer der „KAZ" eine Resolution veröffentlicht, die der Bergarbeiterverband in seinen Mitgliederversammlungen annehmen ließ, und die in Anbetracht dessen, daß der Tarif für den Ruhrbergbau bis 30. April 1928 läuft, um Verhandlungen zwecks Lohnerhöhung nachsucht. Darauf muß nun der „Vorwärts" berichten:

Wohl als erste Antwort auf diese Forderungen können die Kündigungen gelten. Bereits am 15. Oktober wurden 200 Bergarbeiter bei der zum Mannesmann-Konzern gehörigen Schachtanlage „Königin Elisabeth" gekündigt, und auf den Rheinbaben-Schächten in Bottrop wurden 500 Bergarbeiter entlassen. Jetzt wird aus Herne gemeldet daß sich die Harpener Bergbau A.-G. genötigt sieht, auf der zu ihr gehörigen Schachtanlage „Julia" in Herne 220 Arbeiter zum 1. November zu entlassen. Als Grund für die Kündigung wird der augenblicklich schlechte Absatz bezeichnet. Die Zeche will demnächst zwei Reviere unter Tage stillegen.

Der Zechenverband hat nunmehr den Bergarbeiterverbänden folgendes Antwortschreiben zugehen lassen:

„Ihrem im Schreiben vom 11. Oktober d. J. geäußerten Wunsch, bereits sechs Monate vor Ablauf des bis zum 30. April gültigen, mit ihrem Schreiben gestellten und auf ihren Antrag für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 26. April d. J. in eine Erörterung über Abänderung einzutreten, bedauern wir, nicht entsprechen zu können, da wir die von ihnen vorausgesetzte grundlegende Aenderung der Verhältnisse nicht anzuerkennen vermögen.

Im übrigen verweisen wir darauf, daß sich die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues in den letzten Monaten derart verschlechtert hat, daß sie unseres Erachtens viel eher Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung als über eine Lohnerhöhung bedingen würde."

„Wenn im April die Löhne für ein volles Jahr durch Schiedsspruch festgelegt worden sind, so kam es dabei dem Schlichter darauf an, durch eine möglichst lange Gültigkeitsdauer ein langfristige Beruhigung der Verhältnisse zu schaffen. Vor allem sollten auch mit der für ein volles Jahr unkündbar festgesetzten Lohnerhöhung gleichzeitig die am 1. April und 1. Oktober eingetretenen Mietspreiserhöhungen abgegolten werden."

Diese Sprache der Ruhrbarone wäre nicht möglich, wenn diese Blutsauger nicht wüßten, daß die Gewerkschaften alles tun, um den im Tarif gesetzlich festgelegten Lohnfrieden zu verwirklichen, erklärten Schiedsspruch auch tatsächlich einzuhalten, Angesichts des Kampfes in Mitteldeutschland konnte es, wenn die Ruhrkumpels sich nicht als Streikbrecher von den Gewerkschaften mißbrauchen lassen wollen nur eine Antwort geben: Den Kampf im gesamten Ruhrbergbau, als Auftakt gegen die Hungeroffensive des Kapitalismus. Aber das wäre ja gegen die „gewerkschaftliche Disziplin". So werden die Ruhrbergarbeiter durch ihre „Tariftreuen" helfen, ihre Kameraden in Mitteldeutschland zu erledigen um dann selbst erledigt zu werden. — Wenn sie weiter nach der Pfeife der Gewerkschaften tanzen.

Jean Paul Marat

II.

Als Voltaire nach England kam, war sein erster Schritt ein Besuch beim König. Er wohnte auf dem Schloß eines reichen Freundes, er verkehrte mit Bodlington, dem englischen Mäzen, er erhielt Geschenke vom König Georg I und war sogar befreundet mit dem französischen Gesandten. Marat wurde von ersten Tage seiner Ankunft an von der englischen Polizei verfolgt, und da das Innenministerium seine Broschüre nicht konfiszieren konnte, versuchte sie alle Exemplare aufzukaufen, um ihn so mundtot zu machen. Marat erzählt, wie die englischen Spitzel seine Korrespondenz öffnen, er mit Frankreich und Holland führte, überwachten, er erzählt, daß die Spitzel bis in sein Haus kamen und daß die englischen radikalen Gesellschaften des öftern dagegen protestierten. Hier hatte Marat das erste Mal Gelegenheit den Kleinkampf mit den geheimen Mächten der Polizei zu führen.

Wir sind am Ende des Jahres 1788. Der König ist gezwungen, die Reichsstände einzuberufen. Er ist weiter genötigt, ein Dekret zu erlassen, das besagt, daß die Zahl der Deputierten des 3. Standes dieselbe sein wird wie die des Adels und des Klerus zusammen. Zur Zeit dieser Regierungsmaßnahmen die eigentlich nur als Reformversuch der Finanz gedacht waren, herrscht in Paris Panik. Die Getreidezufuhr stockt. Das Gespenst einer Hungersnot droht. Die Damen der Hallen — Marktweiber — senden Delegation auf Delegation nach dem Bürgermeisteramt, um sich wegen der Polonäsen vor den Bäckerläden zu beklagen. Die Damen der Hallen vertreten damals die Sorgen hunderttausender kleiner Leute, und um einen ausgezeichneten Instinkt verstanden sie es, die Wut ihrer rebellierenden Kunden auf die Zentralregierung zu lenken. Die kleinen Bürger hingegen und die sogenannten besseren Bürger, die noch gepuderte Perrücken und Lorgnons tragen, die Intellektuellen und Journalisten, versammelten sich in den Gärten des Palais Royal.

Jean Paul Marat befindet sich seit einigen Monaten in Paris. Mehr noch als sein ganzes Leben hindurch ist er jetzt ein Mann der Straße. Man kann ihn stets inmitten der Tumulte der rebellierenden Weiber und nie im Palais Royal sehen. Ein geistreicher Zeitgenosse Marats, der glänzende gegenrevolutionäre Journalist Rivarol, der vielleicht die ganze Dynamik der französischen Revolution ebenso verhältnismäßig klar wie Marat begriff, sagte in jenen Tagen: „Es gibt zwei Arten von Menschen; solche, die es zu Hause besser haben als auf den Straßen, und solche, die es auf den Straßen besser haben als zu Hause." Die letzteren sind die Lebensgenossen Marats. Das Volk von Paris fängt an ihn zu kennen, und in den Memoiren Baudets heißt es über ihn: „Ich sah einen Mann sich in großer Aufregung bewegen, der mit seinem bronzefarbenen Gesicht den Eindruck machte, als sei er eben aus heftigen Kavernen des Menschenfresser oder aus der Hölle selbst herausgekommen. In diesem Manne mochte man einen seiner Henker entlaufenen Mörder erkennen, einen, den die Furien losgelassen hatten und der schleuhar danach trachtete das menschliche Geschlecht zu vernichten, um sich von der Angst und dem Ekel zu befreien, den er bei jedem, der ihn sah erweckte." Marat selbst hebt in der Vorstadt, in der Straße der Cordilleren, in dessem gleichnamigen, populären Klub er die Hauptrolle spielen sollte. Er lebt mit der Masse und wie die Masse. Er ist arm, ißt tagelang nichts als Brot, bewohnt eine dunkle, nur mit Lebensgefahr ob der schmalen Stiege zu erreichende Stube, und trotzdem, oder gerade deswegen ist sein Zimmer von Freunden, Bittstellern, Marktweibern, Vorstadtarbeitern und Gassenjungen belagert.

So lebt Marat schon lange Monate vor der Revolution, seitdem er aus London nach Paris gekommen ist. Er fühlt die Erregung der Volksmassen, er sieht die Versammlungen mit Männern und Frauen der Straße und sieht, daß sich dunkle, verachtete Energien über kurz oder lang über und gegen die Stadt Paris ergießen werden. Er ist leidend krank. Eine Hautentzündung plagte ihn, er glaubt die Stunde der Revolution nicht mehr zu erleben und macht sein politisches Testament. Er schreibt eine Broschüre betitelt: „Die Gabe an das Vaterland", für die kommende Tagung der Reichsstände in Versailles: „Meine lieben Mitbürger! Die größte der Leiden erweckt euch und bewirkt, daß ihr die Notwendigkeit einer Veränderung fühlt. Jetzt habt ihr eine einzig dastehende Gelegenheit, um zu euren Rechten zu gelangen. Jetzt werdet ihr den Preis der Freiheit kennen lernen. Aber seid fest. Was immer man euch verschreiben wird, glaubt nichts. Wenn eure Feinde erklären, daß sie von nun an alle Lasten tragen werden; glaubt nicht, weist alles zurück. Eure Rechte müssen erst verbrieft werden . . . Und was hättet ihr nicht zu verlangen das Recht; dem wessen seid ihr nicht alles bedürftig! In dem Zustand, in dem ihr euch befindet, müßtet ihr nicht nur Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mittel verlangen, um eure Kinder zu erziehen, ihr müßt auch die persönliche Freiheit gegen die Attentate des ministeriellen Despotismus garantiert bekommen, ihr müßt die Möglichkeit haben eure Fähigkeiten frei zu entwickeln . . . das ist die einzige Möglichkeit, die Nation zur Blüte zubringen."

Und Marat fragt sich, wer sich diesen Forderungen entgegenstellen kann, und er gibt die Antwort: „Diese Reformen, das gebe ich zu, können in der politischen Maschinerie Schwierigkeiten bewirken. Sie sind sicherlich nicht nach dem Geschmack jener, die sich ein Vermögen erwacht haben, die werden den Widerstand all jener Schüchternen hervorrufen, die in Angst um ihre Ruhe zittern, sie werden die Wut der feigen Egoisten hervorufen, die die Ruhe und die Süßigkeiten des Lebens genießen wollen. Diese Leute sind nämlich voller Geduld für die Schmerzen des Volkes, sie predigen nur Resignation und reden immerwährend nur von Staatsschwierigkeiten. Diese Leute sind blind für die öffentlichen Nöte, betrachten trocknen Auges die Leiden der Bedrängten, sie haben nichts als Spott für die unglücklichen, die zur Hoffnung lockbrot getrieben werden, sie haben nichts übrig für die Agonie der vor Hunger Sterbenden und sie öffnen das Maul nur, um über Mäßigkeit zu dozieren." Das alles schrieb Marat vier Monate vor der Revolution. Es vergehen die Tage der Berufung der Reichsstände nach Versailles, der Eid im Ballhaus wird geschworen, die Reichsstände konstituieren sich zur verfassunggebenden Versammlung und die Bastille wird gestürmt.

Marat schreibt nicht nur Pamphlete, sondern in den ersten Septembertagen 1879 erscheint seine Zeitung. Sie heißt zuerst „Der Pariser Publizist" und dann der „Volksfreund". Und der „Volksfreund" kommt mit einer unerhört schärfen Kritik der konstituierenden Versammlung. Man muß wissen, daß seine Kritik die einzige revolutionäre war. Die anderen stammen von der entgegengesetzten Seite der Barrikade, und auch sie sind, ausgenommen von Rivarol, versteckt. Die verfassunggebende Versammlung ist nämlich der ganzen Enthusiasmus der ganzen Nation auf sich konzentriert. Es sind das, wie in jeder Revolution und besonders in den bürgerlichen Revolutionen, die Flitterwochen. Die radikalsten Journalisten wissen nicht anderes, als von goldenen Tagen zu sprechen, Purzelbäume der Begeisterung zu schlagen und das Ende aller Schmerzen und Wehen der Nation zu prophezeien. Die Zeitung Marats aber ertönt wie eine dumpfe Glocke in den Vorstädten von Paris. Und sie läutet ununterbrochen: „Mißtrauen! Mißtrauen! Habt Mißtrauen gegenüber den Leuten, die euch nach dem andren, ein Pamphlet nach dem andern, um zu beweisen, daß neue Gefahren drohen. Ohne den Plan des Hofes zu kennen, der darin besteht, Paris zu umzingeln, erklärt Marat. Paris werde umzingelt werden. Er macht der verfassunggebenden Versammlung den Vorwurf, daß sie zuviel rede und zu wenig handle. „Seit vier Monaten, seitdem man tagt", so schreibt er, „hat man tausende kleine Fragen behandelt, tausende schöner Reden gehalten, tausende von Glückwünschen zewechselt und die besten Reden haben alle unmöglichen Arten von Rhetorik erschöpft. Aber über die Verfassung, über die Grundrechte hören wir nichts."

Am 4. August hatte man unter dem Lichtschein der brennenden Dörfer und im Anblick der abgeschlagenen Köpfe der Grundbesitzer, die die Bauern auf ihren Picken trugen, „freiwillig" auf die Rechte des Feudalismus verzichtet. Die Feudalherren wurden ob ihrer Großmut beglückwünscht. Da schreibt Marat: „Wenn die Opfer des 4. August Opfer der Wohltätigkeit waren, so muß man gestehen, daß diese lange brauchte, um sich zu offenbaren. Was? Beim leschten ihrer angezündeten Schlösser verzichten die Aristokraten in der Nationalversammlung voll Seelengröße auf das Privileg, Menschen, die ihre Freiheit mit den Waffen in der Hand erobert haben, in Ketten halten? . . . Lassen wir uns nicht durch Rauschgoldes blenden . . . Das Volk will essen, will augenblickliche Hilfe, will seine Verfassung haben. Von diesem Gegenstand hätten sich die Deputierten des dritten Standes nicht abwenden lassen sollen. . . ."

Die verfassunggebende Versammlung beschließt ein Zensuswahlrecht, sie kuppelt das Recht zu wählen an das Glück Vermögen zu haben, und Marat droht: „Die Herren halten unsere Gedeld für Angst; wir sind 20 000 Arbeiter in Paris, alle muskulös und stark, und wir werden uns nicht einschüchtern lassen."

(Forts. folgt.)

Ebert und Hindenburg

Die Wandelhalle des Reichstags hat, wie der „Vorwärts" voll Entzücken erzählt, einen neuen Schmuck erhalten. In den beiden Nischen rechts und links vom Hauptportal, stehen die weißmarmornen Büsten des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert und des zweiten Reichspräsidenten v. Hindenburg. Bei der Enthüllung der beiden Skulpturen hielt der Reichstagspräsident Löbe eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Bald nach dem Tode des ersten Reichspräsidenten wurde die Anregung gegeben, den Verstorbenen durch Aufstellung seiner Büste in diesem Hause zu ehren. Während noch über diesen Plan beraten wurde, wurde die Anregung dahin erweitert, auch dem zweiten Reichspräsidenten die gleiche Ehrung zu erweisen. Diese Absicht ist nun verwirklicht worden. Ebert war ein Mann aus dem Volke, der diesem Hause lange als Mitglied und als Vorsitzender des Hauptausschusses angehörte. Der Zusammenbruch stellte ihn vor neue Aufgaben, die er nicht ahnen konnte, die er aber mit staatsmännischer Begabung löste. Auch ein Mann von der anderen Seite, der Abg. v. Kardorff, hat es ausgesprochen, daß die Mitwelt diesem Präsidenten nicht gerecht worden sei, daß aber die Geschichte ihm sein Recht angedeihen lassen werde. Neben dem ersten Reichspräsidenten ist auch der zweite, v. Hindenburg, in gleicher Weise geehrt worden. Er hat die Aussicht auf einen ruhigen Lebensabend aufgegeben, als er durch freie Volkswahl dazu bestimmt wurde, das Erbe Friedrich Eberts anzutreten. Als Repräsentant des ganzen Volkes, nicht einer einzelnen Partei, wirkt er für den Ausgleich der Gegensätze innerhalb des Volksganzen und für sachliche Austragung notwendiger Kämpfe. Welches Maß von Achtung ihm entgegengebracht wird, hat eben erst die Feier seines 80. Geburtstages bewiesen. Die beiden Standbilder sollen uns daran erinnern, daß das deutsche Volk nicht schlecht fährt, wenn es seine oberste Repräsentation nicht dem Zufall der Geburt überläßt, sondern sie durch freie Volkswahl bestimmt."

Wir glauben, daß die Ehre die der Sozialdemokrat Löbe dem Herrn Hindenburg zollt, ehrlich gemeint ist. Deshalb soll man diese Ehre nicht in einen stillen Winkel verbannen, sondern die Konterfeis der ersten beiden Könige der Kapitalsrepublik auch in allen sozialdemokratischen Zahlabend-Kneipen aufstellen, und die Reden Löbes dazuhängen. Darunter noch Noske als Symbol wie die notwendige Kämpfe sachlich ausgetragen werden". — Vielleicht daß dann dem einen oder dem anderen Proleten das Kotzen ankommt.

August Thalheimer kehrt zurück

Auch ein Jubiläumsgeschenk.

Einer der prominentesten Arbeiterverräter und geheimen Massenmörder am Proletariat, Herr August Thalheimer, ist nach Deutschland zurückgekehrt.

Wir lesen im „Funken", dem Funktionärorgan der KPD., Bezirk Berlin-Brandenburg, Oktober 1927 die folgende Notiz:

Rückkehr des Genossen Thalheimer.
Beschluß des Z.-K. am 9. September 1927.

Das Z.-K. stimmt dem vom Polbüro gefaßten Beschluß auf Rückkehr des Genossen Thalheimer nach Deutschland zu und überträgt dem Polbüro die Bestimmung des Zeitpunkts seiner Rückkehr und seiner Verwendung. Dieser Beschluß wurde einstimmig, bei 2 Stimmenthaltungen gefaßt. Das Polbüro hat beschlossen, Thalheimer aufzufordern, Mitte Oktober d. J. zurückzukehren, und die Mitarbeit in den zentralen Parteiorganen der Partei anzuweisen, sowie die Erledigung einer Reihe größerer literarischer Arbeiten zu übertragen."

Man hat, also diesen Burschen, dessen Kommunismus bereits Früher bewiesen hat, daß er nur die Kommunisten unter Anführung Eingeständnisses der im Jahre 1923 begangenen „Fehler." Auch das hat man jetzt fallen lassen, denn die Politik von 1923 war und ist die wirkliche Politik des Ekki und der russischen Regierung. Hoffen wir, daß die Rückkehr Thalheimers der dieninge Brandlers folgen wird, den Arbeitern der KPD. zur Lehre und Warnung dient.

Wir Genossen der KAP. rufen ihnen zu. Laßt diese Verräter unter sich. Kommt zur KAP. und zur Allgemeinen Arbeiter-Union. Der Saustall der KPD. kann durch Flickwerk nicht mehr verbessert, geschweige denn „erobert" werden. Er muß mit der Spitzhacke in Grund und Boden zertrümmert werden, damit die kampfzwillte Arbeiterschaft siegreich voran marschieren kann.

Die KPD ist bereit

Anläßlich der letzten Wahlen und ihrer „Siege" hat die KPD wieder einmal in „offenen Briefen" geübt, mit denen sie ihre ältere Schwester, die „SPD, überschüttete. Thema: Die revolutionäre Arbeiterpolitik in den Parlamenten. Ein ganzer Sack voll Forderungen soll erfüllt werden können, wenn die „Rote Arbeitermehrheit" zusammenhält. Darauf hat die SPD nun an die KPD die Frage gerichtet, wo denn die Mittel in den Kommunen herkommen sollen, und ob die KPD bereit ist, für die Deckung dieser dadurch entstehenden Aufgaben durch Bewilligung von neuen Steuern und Abgaben, worauf der KPD folgendes Eingeständnis entschlüpfe:

„Die KPD ist bereit für die finanzielle Deckung der Durchführung von Arbeiterforderungen dadurch zu sorgen, daß die Hamburger Pfeffersäcke in viel stäkerem Maße als bisher zu Steuerleistungen und Abgaben herangezogen werden."

Die Geschichte ist also sehr einfach! Man braucht gar keine Revolution mehr, der Sozialismus kann vom Parlament aus durch Besteuerung eingeführt werden. Man vergißt absichtlich, daß die „Pfeffersäcke" ja überhaupt keine Steuern bezahlen, und die bezahlen werden, weil alle Steuern letzten Endes abgewälzt werden auf die Proletarier, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft. Das zum ersten. Zum zweiten ist es interessant, zu erfahren, welch wunderbares Ding doch so ein parlamentarische Schwatzbude ist, und man begreift gar nicht mehr recht, daß die KPD einmal predigte: ins Parlament, gegen das Parlament. Uebrig bleibt das Bekenntnis daß die KPD, — was ja schon früher „durchgesetzt" wurde, bereit ist, unter gewissen Umständen den kapitalistischen Etat und damit die kapitalistische Ausbeutung zu sanktionieren. Die Steuerreform" — sagt schon Karl Marx — „ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformen". Soweit kann eine Partei kommen, die Demagogie an Stelle von Prinzipien setzt.

Ekki gegen Ekki

Albert Treints bestätigt den Ekkiverrat in China.

(Schluß aus Nr. 80.)

Noch vor dem Plenum der Exetutive im Mai 1927 werden verschiedene Telegramme der Tass vom 23. und 24. Mai nicht veröffentlicht. Sie meldeten die ersten politischen Verhandlungen von Feng Yu; Hsiang und Tschiangkaischek, ebenso das Verbot, welches die chinesische Partei im Auftrage der Regierung den Gewerkschaften erteilt hate, zur direkten Unterdrückung der Feinde der Revolution auf der Stelle zu schreiten, wie sie es in verschiedenen Städten zu tun begonnen hatte.

Der Brief von vier Genossen, der aus China an die Delegation der russischen Partei in der Komintern geschickt worden ist, wurde weder veröffentlicht, noch selbst zur Kenntnis des Präsidiums und zur Kenntnis der Exekutive der Komintern gebracht. Dieser Brief sagt, daß in China die Arbeiter nur „in geringstem Umfange" bewaffnet gewesen sind und daß die Vertreter der Komintern sich praktisch gegen die Bewaffnung der Arbeiter gestellt haben.

Das ist ein Teil dessen, was der kommunistischen Masse v e r s c h w i e g e n worden ist. Und das ist nicht alles.

Stalin ist sogar soweit gegangen, seine eigenen Reden zu verschweigen. So ist eine Rede, die Stalin selbst vor 3000 Funktionären von Moskau gehalten hat, niemals veröffentlicht worden. Sie ist niemals veröffentlicht worden, weil der Staatsstreich Tschiangkaischeks, der 10 Tage später eintrat, diese Rede brutal und kategorisch durch die Tatsachen Lügen strafte.

Die Gruppe Stalin-Bucharin hat, was die Agrar-Revolution betrifft, ein unzulässiges doppeltes Spiel gespielt.

Auf der letzten Exetutive im Mai sprach sich die Gruppe Stalin-Bucharin in ihren Thesen über die chinesische Revolution zu Gunsten der Agrar-Revolution aus.

Aber in der kleinen chinesischen Kommission, unter Anwesenheit von Ercoli und von Treint, schickte die Gruppe Stalin-Bucharin Direktiven nach China, um die Agrar-Revolution einzudämmen.

Das Ergebnis dieser mehr als zweideutigen Politik war, daß der kommunistische Ackerbauminister der Wuhan-Regierung, Tang Pingsiang, das Kommando einer Expedition übernahm, welche gegen die Agrar-Revolution gerichtet war. Die Generäle und die Offiziere der National-Armee, die fast alle sehr bedeutende Grundbesitzer sind, haben überall, wie man es leicht voraussehen konnte, ihre Kräfte geführt, nicht nur, um die Agrar-Revolution abzudämmen, sondern um sie zu verhindern und zu zerschlagen.

Der Marxismus wird in China von der Gruppe Stalin-Bucharin außer Kraft gesetzt.

Sollte diese opportunistische Politik geschluckt werden, so genügt es nicht, die Tatsachen und die politischen Dokumente zu verschweigen. Man konnte sie nicht alle verschweigen. Um diejenigen, die man nicht vollständig verschweigen konnte, zu erklären, war es notwendig, die Grundprinzipien zu verletzen.

So konnte sich in den Spalten der „Prawda" und in der internationalen kommunistischen Presse die anti-marxistische Theorie von der „Regierung des Blocks der vier Klassen" breitmachen, die Theorie vom Klassenkampf, der sich in China durch „Schlichtungsausschüsse" auflösen ließe, ebenso die Theorie, nach welcher man den Klassenkampf abdämpfen müsse, um so lange als möglich die Bourgeoisie in der nationalen Front zu halten, eine Theorie, welche die Kommunistische Partei Chinas dazu geführt hat, daß sie sich im Schwanz der chinesischen Bourgeoisie hielt und ihr die wesentlichen treibenden Kräfte der nationalen Revolution opferte, d. h. die Arbeiter und die Bauern, und das akkurat in dem Augenblick, wo die nationale Bourgeoisie sich aktiv vorbereitete, die nationale Front zu verraten . . .

Sehr interessant ist, was Treint im weiteren Verlauf seiner Ausführungen über die letzte Tagung des Plenums der Exekutive sagt. Hier kann man sehen, wie dort die einstimmigen Beschlüsse zustandekommen. Treint sagt:

Das letzte Plenum der Exetutive wurde in einem winzigen Saal abgehalten, der gewöhnlich den Sitzungen des Präsidiums dient, und zwar unter dem Vorwand, daß in Moskau, der Hauptstadt der Weltrevolution und des proletarischen Staates, kein anderer Saal für die Sitzungen der Exekutive zur Verfügung stünde. In Wirklichkeit handelte es sich darum, die russischen Genossen, die für gewöhnlich zu unserer internationalen Sitzungen eingeladen werden, an der Teilnahme an den Debatten zu verhindern, weil sie dort hätten das dies unterrichtet werden können, was man ihnen v e r b a r g. Die politischen Dokumente, die keinerlei geheimen Charakter besaßen, wurden an die Delegierten erst am Tage vor der Sitzung der Exekutive verteilt. Dann folgten die Sitzungen der Exekutive und der Kommissionen ohne Unterbrechung, so daß die Delegierten nur oberflächlich diese Dokumente lesen konnten, wenn sie überhaupt Zeit gehabt haben, sie zu lesen. Es wurde den Delegierten verboten, eine Kopie des Stenogramms ihrer eigenen Reden zu sich zu nehmen und den Text davon irgend jemanden mitzuteilen. Sowie die Exekutive geschlossen wurde, mußte man die Dokumente sofort zurückgeben, unter Drohung, man würde sonst keine Rückreise-Erlaubnis erhalten. Man wollte den Mitgliedern der Exekutive verbieten, Erklärungen zur Abstimmung abzugeben, und schließlich wurde infolge einiger Proteste dieser Beschluß nur auf die Mitglieder der Opposition angewendet.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Internationale wurde kein Protokoll der Debatten veröffentlicht, weder in der Presse, der USSR., noch in der internationalen kommunistischen Presse. Nur die angenommenen Resolutionen und einige Erklärungen, die im Laufe der Diskussion abgegeben wurden, sind veröffentlicht worden. . ."

Treint kommt dann noch einmal auf die chinesische Frage zurück. Er schreibt:

Das chinesische Proletariat wurde ideologisch entwaffnet, als die chinesische Partei und die Gruppe Stalin-Bucharin es übernahmen, weder die KMT., noch den Sunyatsenismus zu kritisieren, der vor allem ein bürgerlicher Liberalismus ist, angewendet auf China.

Das chinesische Proletariat wurde politisch entwaffnet durch die Tatsache selbst, daß die chinesische Partei und die Gruppe Stalin-Bucharin die Unterrückungsmaßnahmen der Nationalregierung und der KMT. gegen die Arbeiter und Bauern mit Stillschweigen gedeckt haben. Um dieses Stillschweigen sicherzustellen, wurden der chinesischen Partei die zur Schaffung einer Tageszeitung notwendigen Mittel nicht gegeben.

Das chinesische Proletariat wurde militärisch entwaffnet durch die Generäle der KMT., und diese Entwaffnung wurde durch das Schweigen der Gruppe Stalin-Bucharin und der chinesischen Partei solange gedeckt, bis es zu spät war . . .

Er schildert sodann, wie man zwecks Fabrikation der zugehörigen Thesen auf Martynow zurückgriff, „einem alten Menschewiken, der mitten in der Revolution sich von 1917 bis 1922 während fünf Jahren verborgen hielt, und zu Rafes, einem Mitglied der ukrainischen nationalistischen gegenrevolutionären Patljuraregierung".

Treint fährt hierauf fort:

Die opportunistische Politik der chinesischen Partei wurde von der Gruppe Stalin-Bucharin eingeblasen. Es ist unerträglich, zu sehen, wie diese Gruppe heute der chinesischen Partei den Vorwurf macht, sie habe die Agrar-Revolution „um der militärischen Operationen willen vernachlässigt, während, selbst nach dem letzten Plenum der Exekutive das in Wirklichkeit genau die Linie der „Prawda" war, die von Bucharin geleitet wird, nämlich kaum von der Agrar-Revolution zu sprechen, die Spalten der Zeitung mit den hohen Taten der Regierungsarmeen anzufüllen und die Siege der Wuhan-Generäle als revolutionäre Siege zu betrach

Bauern werde, und daß wir alle bürgerlichen Minderheiten aus ihr ziehen würden, die sich gegen die revolutionäre Entwicklung stemmen würden.

Nun, man diese bürgerlichen Minderheiten mit den Waffen in der Hand die entwaffneten Revolutionäre, die Wuhan-Regierung hat ihre Maske abgeworfen und hat sich offen als Zentrum der Gegenrevolution bekannt. Und die linke KMT., weit davon entfernt, das Organ der demokratischen Diktatur der Arbeiter und der Bauern zu werden, hat sich offenbar als ein der Vergangenheit als Organ der bürgerlichen Diktatur über die Arbeiter und die Bauern entpuppt. . .."

Wie wäre es möglich, sich noch mehr zu täuschen?

Das sagt Teint. Wir sehen, wie gesagt in seinen Ausführungen eine glänzende Bestätigung des von uns den Arbeitern längst gesagten.

Eigentümlich ist nur, daß das Ekkimitglied Treint seine Weisheit so spät entdeckt. Aber er ist Ruthene, daher ist es kein Wunder.

Auch sonst ist Grundsätzliches nicht in seiner Opposition.

Die Tatsachen selbst aber, die er anführt, führen eine so beredte Sprache, daß wir dem abgesagten Ekkiheiden für seine Ausführungen nur dankbar sein können.

Aus der Partei

Wo steht die Partei?

(Zur kommenden Zentralausschuß-Sitzung.)

Von einem Hamburger Genossen.

3. Der sogenannte Fall Schwarz.

Als die Partei in der Frage der K.P.D.-Opposition auf die Schanzen sprang, zeigte sich sofort, daß die magnetische Kraft des proletarischen Klassenkampfprinzips wesentlich davon abhängig ist, wie die Kommunisten es verstehen, in die Vorstellungsweise der oppositionellen Arbeiter einzudringen. Der Kampf mit der Essener Richtung als eine Absage an die Theorie der Massenverschaung, die den Klassenkampf in akademischer Bornirtheit von der Wirklichkeit trennt, hatte bereits schon theoretisch vorweggenommen, was nunmehr als praktische Aufgabe vor uns stand. Die Partei mußte also erkennen, daß der Abstand zwischen ihrer Plattform und dem vorgefundenen, buntscheckigen Radikalismus der KPD.-Arbeiter niemals durch die Predigt des „reinen" Kommunismus zu beheben war. Es galt also nicht, den Arbeitern einfach unser Programm zur Entscheidung vorzulegen, und damit den von uns bisher erreichten Grad theoretischer Erkenntnis an den Anfang zu setzen, sondern handelte sich zuerst darum, diese Opposition in den elementarsten Fragen des Klassenkampfes über die Widersprüche und katastrophalen Auswirkungen des Leninismus von der Gärung zur Klärung zu drängen. Die Partei sollte nicht nur das neue Programm des Klassenkampfes dem radikalen Sozialdemokratismus entgegensetzen, sondern im Prozeß der Klärungsarbeit immer wieder die Zwanzigfältigkeit voranstellen, die aus dem Oppositionslabyrinth, bis zum gegenwärtigen Schlußpunkt der revolutionären Entwicklung herausführt.

Der Erfolg solcher schwierigen Arbeit kann sich nicht nur auf Zähigkeit und Geduld stützen, sondern schließt auch jene offene Kameradschaftlichkeit ein, die leninistischen Jesuitismus nicht kennt. Die Auffassung der E.L.-Frage als ein Manöver der Partei führt aber hart an den Leninismus heran und es ist für die augenblicklichen Streitragen charakteristisch, daß selbst heutige Wortführer der „Opposition" am Anfang der E.L.-Arbeit mit dem Gedanken der Zeitdiktatur spielten, wie gleichfalls die stereotype Ueberbetonung der Verbindungen zentraler Körperschaften nicht nur als ein Anfangserfolg, sondern bis zur Liquidierung der E.L. den Komex in den Organisationen selbst oft zur Angelegenheit zweiten Grades degradierte. Für die ganze Frage der E.L. gilt ebenso wie für den „Fall Schwarz" das Kabalen und diplomatische Künste nicht ersetzen können, was in der Organisation selbst an Aktivität fehlt, daß aber die Schwäche der Partei, die sogenannte Mandatsfrage nicht „zweckmäßig", sondern „hart am Abgrund vorbei" gelöst hat.

Aus den schon im vorigen Kapitel eingehend dargelegten Gründen kann die Fragestellung der „kleinen Vorteile" des Parlamentarismus für die Partei nicht diskutabel sein. Der Beschluß der Körperschaften, daß ein Parlamentarier (auch einer ohne Nachteile) nicht Mitglied der KAPD. werden kann, darfte keine pleitvolle Verbeugung vor den Traditionen unserer Partei sein, sondern mußte aus der Auffassung von der Organisation und Taktik der proletarischen Revolution entspringen. Deshalb ist es auch völlig deplaziert, die eventuelle Annahme materieller Zweckmäßigkeit durch die Partei mit dem „antiparlamentarischen Parlamentarismus" der E.L. in Parallele zu bringen. Die KAPD. hat dort nicht die Ausnutzung „kleiner Vorteile" ohne Nachteile „gutgeheißen", sondern einfach die Tatsache, daß eine Oppositionsgruppe eine ideelle Einheit darstellen kann, wie die Partei schon in die kaum begonnene Verbindung die Mandatsfrage als Sprengpulver hineinwerfen sollte, weil es sich hier um einen Prozeß handelte, in dessen Verlauf die Herauslösung der besten Kräfte der E.L. die Angelegenheit des „antiparlamentarischen Parlamentarismus" selbst lösen würde, wie vorher schon die Gewerkschaftsfrage teils liquidiert war.

Die politische Argumentation des GHA. zur Mandatsfrage entspringt deshalb aus dem Fehler, daß die Situation vor und nach der Auflösung der „Entschiedenen Linken" einfach gleichgesetzt, daß also die Taktik der Partei nicht vom Standpunkt ihres Prinzips, sondern aus der Perspektive einer Oppositionsgruppe — die überdies nicht mehr existiert — zur Debatte gestellt wird. Die Mandatsniederlegung von Schwarz war keine Frage der Partei, sondern eine der E.L. und der typisch parlamentarische Einschlag dieser Angelegenheit zeigt sich heute, wenn man die allgemeinen politischen Begründungen dabei im Auge behält, schon bei dem Argument, daß man den Rathusen die Possibilität nicht freiwillig räumen dürfte. Eine politische Rechtfertigung von Schwarz konnte eben für die Partei nicht in Frage kommen, weil ihre Aufgabe niemals darin bestand, die naturgemäß der „Entschiedenen Linken" anhaftenden Haltbisten zu verteidigen, sondern ihre Arbeit immer auf die Stärkung aller Kräfte gerichtet sein mußte, die zur Ueberwindung dieser Rückstände drängten.

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum „Vorbruch" eines Parlamentariers sagt, nicht nur aus ihrer Stellungnahme zur Führerfrage überhaupt entschieden, sondern ergibt sich selbstverständlich vor allem auch daraus, daß die „Tiefe" nur vom Standpunkt der Organisation, ihren Notwendigkeiten und ihrer Disziplin fordern kann. Mag es verständlich sein, daß revolutionäre Arbeiter sich erregen, wenn ein Parlamentarier, der als Exponent ihres Kampfes galt, von der Tatsache, daß sie ihn nicht zurückbersten können unter bestimmten Voraussetzungen Gebrauch macht, dennoch signalisiert solche Erbitterung nur wie stark hier noch die Illusionen jenes Parlamentarismus lebendig sind, der von Versöhnungen und nicht von der Kontrolle seiner Anhänger lebt. Etwas anderes aber ist es, wenn E.L.-Genossen diese Situation einfach auf die Partei übertragen und wenn alle Genossen der Partei, statt hier den politischen Kampf gegen jeglichen Parlamentarismus zu forcieren, in persönlicher Hetze gegen Führer nach berüchtigten leninistischen Muster den Inbegriff der Parteiarbeit erblicken.

Die Partei konnte ohne jede Verzerrung der Angelegenheit öffentlich feststellen, daß Schwarz wegen der Mandatsfrage aus der „Entschiedenen Linken" ausgetreten sei. Sie mußte dann ihr weiteres Verhalten zu ihm nicht von Erklärungen, sondern von seiner zukünftigen Rolle in der Arbeiterbewegung abhängig machen. Wenn die von uns auseinandergesetzten antiproletarisch-organisatorischen Wirkungen des Parlamentarismus nicht in Frage kämen, handelte es sich also nicht um die politische Verteidigung seiner Handlungsweise und damit um ein verstecktes Plädoyer für einen unter gewissen Voraussetzungen berechtigten „antiparlamentarischen Parlamentarismus", sondern um eine wirklich sachliche Kritik, die, wie bei jedem Parlamentarier auch diesmal und von Fall zu Fall davon ausgeht, ob die Stärkung demokratischer Illusionen in der Arbeiterschaft in Frage kommt. Weil die Partei diese Feststellung des Austritts von Schwarz nicht machte, weil sie seine persönliche Misere — deren nähere Untersuchung gar nicht entscheidend sein kann — zu ihrer politischen Angelegenheit erhob, ist die Lösung der finanziellen Frage auf ein Gebiet verschoben, wo sich die „Opposition" in billigen Tiraden über „Zweckmäßigkeit" gefällt, und damit nur beschämt versteckt, daß ihr es doch um Prinzipien geht, wie ihre Antwort an die Kontrollkommission jetzt beweist.

Unter der alten Fahne des revolutionären Antiparlamentarismus ist die Annahme von Geldern, die nicht aus Mitgliederbeiträgen stammen, für die Partei niemals eine prinzipielle Frage gewesen und kann es auch in Zukunft nicht sein. Alle gegenteiligen Argumente sind deshalb falsch, weil sie am Charakter der revolutionären Entwicklung vorbeigehen und entweder revolutionär oder revolutionsromantisch sind. Die Vorstellung, daß die proletarische Organisation sich grundsätzlich auf ihre eigenen finanziellen Kräfte beschränken muß, entspricht der Auffassung, daß Organisation und Klassenkampf in jedem Augenblick übereinstimmen, daß größeren Aufgaben auch größeres Mittel stets automatisch gegenüberstehen. Dieser Standpunkt erhebt — gelinde gesagt — die politische Bescheidenheit zum revolutionären Prinzip und geht am wirklicher Verlauf des Klassenkampfes glatt vorbei, so daß es nur wendig erscheint, auf diese Frage später in anderem Zusammenhang nochmals ausführlich einzugehen.

Wenn man aber glaubt, daß die von der Organisation verwandten Mittel, soweit sie nicht aus Beiträgen stammen, prinzipiell mit dem Ladergeruch der Revolution behaftet sein müssen, handelt es sich hier um eine krankhafte Romantik, die ihr Heimatsrecht in den böhmischen Wäldern, aber nicht in der proletarischen Partei suchen muß. Wir stellen in dieser Frage bestmöglichste Kontrolle der Organisation voran, wissen um alle Gefahren und betonen deshalb ganz besonders, daß die finanzielle und politische Aktivität der Mitgliedschaft nicht einen Augenblick erlahmen darf, damit solch außergewöhnlicher finanzieller Zufluß auch wirklich in Gold für die Revolution umgemünzt wird.

Die politische Linie der Organisation wird legalen finanziellen Zufluß immer auf seltene Ausnahmen beschränken und die Partei kann hier, ohne sich zu vergeben, ganz öffentlich quittieren. Demokratie aber muß nicht darüber wachen, daß die Partei prinzipielles Materialbrüchchen spielt, sondern darüber, daß unter Schiff ungeachtet aller sympathisierenden Außenseiter klaren, festen Kurs dahinfährt bis ans Ziel.

4. Beitragssperre und Demokratie.

In ihrer Polemik gegen den leninistischen Ultrazentralismus hebt Rosa Luxemburg den Konservatismus hervor, der aus dem Wesen aller Instanzen entspringt und betzt ihm die schöpferischen Kräfte der Massen entgegen. Auch die KAPD. in ihrem Gründungsmanifest verkündete, daß sie keine Partei im alten Sinne mehr sei, betonte sie damit, gegen föderalistische Spielerei und Individualismus die Notwendigkeit der organisatorischen Bindung und wollzog dennoch als Ausdruck ihrer politischen Plattform den Parteiaufbau nach demokratischen Kadavertrotzorsam und leninistischem Polizeigeist. So ist denn, auch die Geschichte unserer Partei die Geschichte des Kampfes gegen diese beiden Abweichungen von proletarischen Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus gewesen, der nicht nur alle Körperschaften aus der Selbsttätigkeit der Arbeiter hervorgehen läßt, sondern auch den Gedanken des idealen Einheit einer Organisation einschließt, die sich linke und rechte Gruppierungen nach parlamentarischem Vorbild nicht mehr leisten kann. Die proletarische Partei muß das demokratische Prinzip an ihrer politischen Linie orientieren, wie umgekehrt der vom proletarischen Bewußtsein getragene Klassenkampf nur bei größtmöglichstem Selbstbestimmungsrecht marschieren kann.

Wenn in den gegenwärtigen Differenzen die Organisationsdemokratie eine wichtige Rolle spielt, ja, wenn von oligarchischen Tendenzen in der Partei die Rede ist, so stellen wir uns hier nicht die Aufgabe, alle Berliner Vorkommnisse und Abstimmungsergebnisse im einzelnen nachzuprüfen, weil dieses eine örtliche Frage ist, sondern wir befassen uns den politischen Zusammenhängen der Angelegenheit zu. Die proletarische Demokratie ist kein Ding an sich und wenn die „Opposition" in einem uns eben erst zu Gesicht gekommenen Artikel von wachsender Trägheit in der Berliner Organisation spricht, so beweist das nur, wie wenig die Partei noch mit der sogenannten beweglichen Taktik verwachsen ist, und wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß auch ein Stück dieser Oppositionsgeschichte auf das Konto solcher Trägheit kommt. Wir leugnen nicht, daß politische Abwege auch für unsere Partei organisatorisch sozialdemokratische Konsequenzen zeitigen können, vermissen aber den politischen Standpunkt der Opposition, der zwischen Zweckmäßigkeit und Prinzip herumgondelt, dessen formalistische Auffassung dadurch gekennzeichnet ist, daß er beispielsweise vom Kampf gegen die Diktatur einer Schröderklique spricht, ohne nur zu erwähnen, daß hier auch politische Auffassungen gegen einander standen. Die „Opposition" hat keinen politischen Standpunkt und kann deshalb auch keine organisatorischen Wege zeigen.

Einige Bezirke in Berlin haben das Recht auf Beitragssperre proklamiert und verwahren sich aber in ihren schriftlichen Ausäussungen dagegen, außerhalb der Partei zu stehen. Man muß offen aussprechen, daß die Beitragssperre in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer im Zeichen der Spaltung gestanden hat, daß sie stets der erste Auftakt einer Trennung war, wo politische Grundsätze nicht mehr organisatorisch geeint bleiben konnten und deshalb auch nur berechtigt ist, wo Spaltung notwendig erscheint. Alle Zweideutigkeiten in dieser Angelegenheit müssen die Opposition auf den Weg leninistischer Heuchelei führen, oder aber sie zeugen davon, daß sich diese „Opposition" der Tragweite ihrer Handlungen nicht bewußt ist. Deshalb ist es selbstverständlich, daß wir im Kampf um eine Zweckmäßigkeitsfrage die Partei gegen alle Zerstörung verteidigen und wenn der GHA. den man nicht „erobern" konnte, toleriert genug war, mit den Beitragssperren noch zu verhandeln, wenn an formalen Forderungen, deren Zurückweisung für den demokratischen Zentralismus gar nicht zweifelhaft sein konnte, die Lösung der eigentlichen Frage scheitern soll, so darf von Nachgiebigkeit nicht mehr die Rede sein, weil auch hier „Grundsätze der KAPD" auf dem Spiel stehen. Die Opposition hat die organisatorischen Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts bei weitem nicht ausgeschöpft als sie zur Sperre griff, sie hat mit ihren ersten Beschlüssen das Reich zu tyrannisieren versucht, die von der Gesamtorganisation eingesetzten Kontrollgänge entmedaut, sodaß es eine letzt nur geben kann: Entweder bilt sie offen die Flagge der Spaltung und [illegible] sich ohne politische Plattform zu einem Gegner der Partei macht oder sie fügt sich in den Gesamtrahmen ein, hebt die Beitragssperre und fraktionelle Arbeit auf, nimmt die Drohung des Zeitungsboykotts zurück und kämpft für ihre Auffassung bis die Partei gesprochen hat und die gemeinsame Front wieder hergestellt wurde, weil der Schlußstrich gezogen ist.

Jugendbewegung

Von einem Jugendgenossen erhalten wir folgenden Aufsatz. Wir werden auf diese Frage in einer der nächsten Nummern zurückkommen. Red. d. „K. A. Z."

Vorbemerkung: Die durch Mehrheitsbeschluß der K. A. J. Berlin herbeigeführten Gegensätze zwischen der Partei und Jugend führten zu einer Loslösung jener im Gegensatz zur Partei stehenden Mehrheit der K. A. J. von der bisherigen Kampfgemeinschaft beider Organisationen.

Die falsche Auffassung jener Mehrheit vom Verhältnis der K. A. P. zur K. A. J. ist die Ursache dieses Aufsatzes.

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend, die sich als starke Opposition der F. S. J. nach mühevollem Ringen um Klarheit als selbständige Jugendorganisation konsolidierte, hat schon in den ersten Jahren ihres Bestehens grundsätzlich das Verhältnis der Partei zur Jugend festgelegt. Die Leipziger Reichskonferenz im August 1920 befaßte sich im Prinzip mit diesen Fragen. (Siehe Protokollbroschüre). Auch die „Rote Jugend" brachte grundsätzliche Artikel zu diesen Fragen, die auch heute z. Zt. bestehenden Gegensatz genügend klärtegien. Die Oktober—November-Nummer der „R.-L." von 1921 bringt im einem Aufsatz über Jugend und Partei darüber folgendes:

„Kann darum der jugendliche Teil der K. A. P., die K. A. J. (nur weil ihre Mitglieder jung sind), sich das Recht nehmen, andere Kampfparolen herauszugeben, eine andere Stellung einzunehmen? Nein! Dieses „Nein" folgt aus dem Prinzip, einheitlich zentralisiert zu kämpfen. Die Frage mit „Ja" beantworten heißt dieses Prinzip ablehnen. Das aber darf die K. A. J. nicht, wenn sie eine Kommunistische Arbeiter-Jugend sein will!

Diese Disziplin der Kommunisten kann selbstverständlich nur so lange währen, als gleiche revolutionäre Grundsätze ihnen gemeinsam sind. Treten im Lauf der Zeit grundsätzliche Verschiedenheiten auf, so können sie nur eine Spaltung von K. A. P. und K. A. J. zur Folge haben. Falls die Tatsache eintreten würde, daß die jungen, praktisch die K. A. J. ausschließlich der eine Teil, und die Erwachsenen, praktisch die K. A. P., ausschließlich der andere Teil der prinzipiellen Gegensätze sind, so ist selbstverständlicherweise die K. A. J. von den Gebundenheiten der Beschlüsse der „Avantgarde" befreit. Sie wären in diesem Falle eine neue „Avantgarde", welche aber gleichbedeutend ist einer neuen Partei, denn die K. A. J. dürfte dann nicht mehr die Rolle als politische Jugendorganisation innehaben, sondern muß, wie während des Weltkrieges, sich in ihrer Arbeit auf die Gesamtklasse konzentrieren."

Soweit die Stellung der K. A. J. im Jahre 1921 festgelegt in ihrem Sprachorgan der „Roten Jugend", an der noch auf keiner Reichskonferenz etwas geändert wurde. Unbeachtet der Ausschließlichkeit der angenommenen Gegensätze, liegt der Weg „den die Mehrheit der K. A. J. mit ihrem guten Spitzen für Korruptionen, zu gehen hat, vorgezeichnet.

Nun aber weiter zur Frage der Jugendorganisation. Die Organisation der K. A. J. ist im Gegensatz zu den bisherigen Arbeiterjugendorganisationen, eine Organisation der Zweckmäßigkeit. Die Kapitalismus nicht kennen, die Bedeutung des Proletariats keinen Unterschied zwischen alten und jungen Proletariern. Deshalb hat auch die proletarische Jugend als ein Teil des gesamten Proletariats zu gelten.

Lediglich die besondere Art des Denkens der Jugendlichen erfordert eine selbständige Organisationsfassung, lediglich darin liegt die selbständige Organisation einer kommunistischen Arbeiter-Jugend begründet.

Programmatisch steht die Jugend auf dem Boden der K. A. P., und diese hat in ihrem Programm auch die Leitsätze der K. A. J. über das Wesen ihrer Organisation und ihrem Verhältnis zur Partei aufgenommen. In den Leitsätzen dieses Programms heißt es u. a.:

„Kampfesweise und Ziel der Partei und Jugend ist dasselbe; nur ihr Wirkungskreis ist ein verschiedener. Wenn die K. A. P. den ziel- kraft, aktivsten Teil des Proletariats in sich vereinigt, so ist die K. A. J. die Vereinigung des klassenbewußten Jungproletariats. Jugend und Partei sind nicht zwei verschiedene Waffen, sondern nur zwei Enden einer Waffe: der politischen Organisation."

Die Leitsätze, die neben der kurzen Aufzeichnung des Wesens der K. A. J., das Verhältnis der Jugend zur Partei festlegen, sprechen aus, daß die K. A. J. trotz ihrer Selbständigkeit als Organisation nur einen Teil der K. A. P. bildet, das eine Einer Waffe.

Nach dieser Aufzeichnung des programmatisch festgelegten Verhältnisses der Jugend zur Partei, sollte es auch für die Mehrheit der Berliner K. A. J., die sich im Gegensatz zur Partei befindet, klar sein, daß sie sich somit außerhalb des Rahmens der Kommunistischen Arbeiterbewegung stellt, und ihre Rolle als Kommunistische Arbeiter-Jugend aufgeben muß.

Sehen wir uns also der Konsequenzen unserer Entscheidung bewußt! Versucht aus der „Jugendeinstellung heraus zukommen und die Dinge vom Gesichtspunkt des Gesamtproletariats zu betrachten. Zu betrachten als Kommunisten, als bewußte, nüchtern und real denkende Revolutionäre. Dann kann ihre Lösung nicht schwer fallen!

Aber gelöst muß sie werden. Das verlangt die Notwendigkeit der Klarheit für die Kommunistische Arbeiter-Jugend!

Mitteilungen

Zentralausschuß-Sitzung am 29. und 30. Oktober in Berlin.

Die vom GHA. vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Die Lehren der letzten Parteikampagnen.
2. Vorbereitung des Parteitages.
3. Organisatorisches.
4. Verschiedenes.

Näheres durch Rundschreiben.

Der GHA. der KAPD.

Bezirkskonferenz K. A. P. Ruhrgebiet.

Am Sonntag, den 6. November 1927, vormittags 9 Uhr, findet in Essen im Lokal Seldenstücker, Segerothstr. 63, eine Bezirkskonferenz für das Ruhrgebiet statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Zentral-Ausschuß-Sitzung.
2. Unsere Aufgaben im Ruhrgebiet.
3. Verschiedenes.

Delegierte müssen, Ausweis von ihrer Ortsgruppe, Gäste haben ihre Mitgliedskarten mitzubringen.

K.A.P.D. Bezirk Ruhrgebiet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

8. Jahrg. Nr. 83

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 27. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Verrat in Mitteldeutschland

Der Dolchstoß

Es ist so gekommen, wie wir voraussagten. Die Gewerkschaften haben den Streik fallen lassen. Sie haben ihren unzähligen Schandtaten eine neue hinzugefügt. Sie haben den Kampf der mitteldeutschen Bergproleten schändlich und schmählich verraten und sie für lumpige 60 Pfennige pro Schicht in der Spitze verkauft. Der Schiedsspruch läuft bis 31. August 1928. Der „Vorwärts" jubelt: Sieg. Die Husemänner verkünden den Erfolg der Organisation.

Wie sieht dieser Erfolg aus? Hören wir die Rote Fahne, das Zentralorgan der KPD., das bei der loyalen Einstellung der Bolschewisten zur Einheitsfront und zum „gesetzlichen" Streik ein einwandfreier Zeuge ist. Diese schildert (23. Oktober), — nachdem sie festgestellt hat, daß die Gewerkschaften von ihrer Hungerforderung auf 80 Pfg. pro Schicht zurückgegangen sind, das Erreichte folgendermaßen:

„Daß diese 60 Pfennig Zulage (statt 80, die ursprünglich gefordert waren d. Red.) nur für die Spitzenlöhner gezahlt wird, während die Mehrzahl der Arbeiter viel weniger bis herunter von nur 23 Pfennig pro Schicht bekommt, das verschweigt der Vorwärts . . . Von den Durchschnittsverdiensten gehen jedoch noch 16 Prozent Abzüge für soziale Beiträge ab, so daß die Höchstverdienste pro Woche nach dem neuen Schiedsspruch 35,54 Mark bis herunter für Arbeiterinnen mit einem reinen Wochenlohn von 15,78 Mark und jugendliche von 14,58 Mark betragen.

Das sind jedoch nur die Löhne für die Kernreviere, in den Randrevieren sind sie noch bedeutend niedriger.

Daß dies für eine Zehn- bis Zwölfstundenschicht bei den heutigen Lebenshaltungskosten wahre Hungerlöhne sind, muß jeder denkende Mensch bestätigen.

Hier wird schon die Frage der Arbeitszeit berührt. In dieser Hinsicht haben die Gewerkschaften während der ganzen Dauer des Streiks überhaupt keine Forderungen gestellt. Sie haben sich gehütet, ihren „gesetzlichen" Streik durch solche Forderungen zu gefährden. Sie haben weiter dafür gesorgt, daß gerade zur Zeit des Streiks die Kumpels an der Ruhr in die Zwangsjacke der tariflichen Bindung bis zum Frühjahr 1928 verbliehen.

Charakteristisch ist die Art, wie die Gewerkschaften den Kampf abbrechen ließen. Sie, die im Berliner Straßenbahner- und Brauereiarbeiterstreik gar nicht genug in Urabstimmungen machen konnten, von denen sie sich ein zermürbendes Ergebnis versprachen, hüteten sich wohlweislich, die mitteldeutschen Kohlensklaven über den „Abbruch" des Streiks abstimmen zu lassen. Sie wußten, wie das Ergebnis ausfallen würde und waren sich von vornherein klar, daß hier nur mit der Taktik der Ueberrumpelung und der unverschleierten Gewalt der Wille ihrer kapitalistischen Auftraggeber durchzusetzen war. Um den Schein zu wahren, riefen sie allerdings eine Funktionärversammlung zusammen. In dieser hatte sich die Bürokratie mit demagogischen Mätzchen die bekannte „Mehrheit" gesichert, die dann mit 381 gegen 36 den Willen der Organisationsbeisitzer erfüllte. Der Apparat dieser bürgerlichen Organisationen ist eben nicht nur in der Spitze, sondern auch in den unteren Schichten unwiderruflich versaut und nicht mehr umzustellen und zu verbessern. E. ist der Schutt und das Gerümpel einer vergangenen Zeit. Daß die Stimmung in den Massen der Bergarbeiter eine andere war und ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Der Streik stand glänzend. Das wurde ebenfalls von allen Seiten zugegeben. Die Verantwortung für den ungeheuerlichen Verrat und die Abwürgung des Kampfes trifft die Gewerkschaften mit voller Wucht. Sie haben das Proletariat bewußt verkauft.

Die Bericht von Berlin läutet indessen das Sterbeglöckchen. Sie möchte beim Klang dieses Instruments die Erbschaft antreten und einiges Wahlgerümpel ergattern. Sie geht zugleich fleißig mit dem Siebenstundentag hausieren, der angeblich und wundlich in Rußland einmal eingeführt werden soll. Wir haben diesen Schwindel schon in Nr. 82 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung zerpflückt. Aber selbst die deutschen Arbeiter, die an das russische Wunder noch glauben, werden begreifen müssen, daß der angebliche und zukünftige Siebenstundentag in Rußland den schändlichen Verrat der deutschen Bolschewisten in diesem Kampfe nicht entschuldigt. Und die KPD. hat verraten und zwar raffinierter und verlogener und deshalb gefährlicher als die anderen. Sie gehört mit ihren Gefährten von der „Einheitsfront", der SPD. und dem ADGB. an einen und denselben Schandpfahl.

Die KPD. hat in diesem Kampfe den letzten Schein, als ob sie jemals kämpfen wollte oder könnte, entgültig liquidiert. Sie ist endgültig auf den Hund gekommen und auf den konterrevolutionären Boden der bürgerlichen Gesetzlichkeit herabgesunken. Von ihr haben die Proleten ebensowenig zu erhoffen wie von der deutschen Bourgeoisie, mit der sich Rußland in den Armen liegt. Die Zentrale, die solcher Gestalt ihre „Legalität" befestigenden und bekräftigen KPD., erklärte schon am 6. Februar 1926 in der „Roten Fahne" ganz offenlich, sie sei gegen „wilde", d. h. von den Gewerkschaften nicht sanktionierte Streiks. Auf dieser Linie hat sie wacker durchgehalten. Sie dachte nicht daran, gelegentlich des Berliner Hochbahnerstreiks auch den allgemeinen Verkehrsstreik für Groß-Berlin zu fordern. Sie befahl im Gegentteil der Straßenbahnern, zu fahren. Die Rote Fahne riet nämlich am Tage des Hochbahnerstreiks den Straßenbahnern, nicht etwa Wagen **mehr zu fahren**, also doch zu fahren. Dieselbe Taktik betrieb die KPD. im jetzigen Bergarbeiterstreik. Nicht einmal die Bergarbeiter des Reichsgebietes rief sie, die sich noch gelegentlich des Hamburger Wahl„siegs" ihres steigenden Einflusses unter der Arbeiterschaft rühmte, zum solidarischen Kampf auf. Nicht einmal von einer finanziellen „Unterstützung" der Streikenden durch die russischen Gewerkschaften, von der man noch gelegentlich des englischen Bergarbeiterstreiks solch Aufsehen machte, war etwas zu hören. England ist nicht Deutschland und die Freundschaft mit dem „internationalen" Block der deutschen Bourgeoisie, die ihren Hoetzsch nach Moskau entsandte, darf nicht ernsthaft gestört werden.

Da lobt sich die KPD. den wackeren parlamentarischen Kampf schon eher. Ist doch dort der Ort, an dem die Bourgeoisie den Abgeordneten der Arbeiterschaft noch ein wenig zu rülpsen erlaubt. Das haben die Koenen und Lademann denn auch pünktlich besorgt und „Anträge" fabriziert und gestellt, über deren selbstverständliche Ablehnung sich selbst die Herren Antragsteller nicht sonderlich erregt haben dürften. Die Gipfellosung war auch in dieser Zeit des proletarischen Kampfes das fade Geschrei: Weg mit **diesem** Reichstag und Sturz des „Bürgerblock". Nur **dieser** Reichstag ist der KPD. weh. Im nächsten hoffen die Brandler und Thalheimer, die Meyer und Thälmann (?) zusammen mit den SPD.- und ADGB.-Bonzen die Ministerbänke anwärmen und das gesegnete Zeitalter der „Arbeiter- und Bauernregierung" eröffnen zu dürfen. Auf diese Weise will die KPD. auch den „Kampf" um das „verfassungsmäßig verbürgte Koalitionsrecht" der „Werktätigen" und gegen die Schlichtungspeitsche führen. Als ob es im kapitalistischen Staat von heute proletarische „Rechte" gäbe. Mit proletarischer Politik hat das nichts mehr zu tun.

Daß die KPD. den außerparlamentarischen Kampf des Proletariats nicht will und nie zu ihm gelangen wird, zeigte über alles deutlich der Ausgang des mitteldeutschen Kampfes und die Haltung der KPD. in diesem kritischen Augenblick. Wir wollen von den Mätzchen nicht reden, mit denen die Tintenkulis der Bolschewistenpresse den Proleten einreden wollten, daß nun nach dem Abbruch des Kampfes durch die Gewerkschaften der Kampf auch wirklich zu Ende sei. So brachte die **Rote Fahne** vom Sonntag, den 23. Oktober, nur einen verhältnismäßig kurzen Kommentar. Sie faselt von, wenn auch geringen „Zugeständnissen" der Unternehmer und schreibt dann: „Zweifellos wird der Bergarbeiterverband einen riesigen Mitgliederzuwachs als Erfolg des Kampfes buchen können." Als Ueberschrift aber über dem Ganzen steht in fetten Lettern: Der Schiedsspruch verbindlich erklärt. Nicht einmal zu einem Leitartikel reichte es. Den „schrieb" in dieser Nummer der blöde Thälmann über den Oktober — 1923.

Und die Rote Fahne vom Montag, den 24. Oktober, prophezeit: „Wenn diese Zeilen in die Hand des Lesers kommen, dann haben die Braunkohlenbergleute Mitteldeutschlands die Arbeit wieder aufgenommen. Auf die Stellungnahme derselben Zeitung vom 25. Oktober, die den Gipfelpunkt des Skandals darstellen, und selbst die scheinrevolutionären Phrasen des vorhergehenden Artikels dementieren, kommen wir an anderer Stelle unseres Blattes zurück.

Viel richtiger, wenn auch nach Beginn selbstverständlich, ist es, daß die KPD. es nicht gewagt hat, zu handeln, d. h. sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Die „relative" Stabilisierung des Kapitalismus ist ihr in Wirklichkeit die absolute Stabilisierung" der Gewerkschaften. Ihnen, d. h. der Bourgeoisie, läßt sie die Führerrolle in Krieg und Frieden, in Sieg und Niederlage. Das aber ist die völlige Abdankung dieser auch „revolutionären" Partei, und da man in eingeweihten bolschewistischen Kreisen an die Eroberung der Gewerkschaften durch die gewerkschaftliche Demokratie nicht glaubt, die sie gar nicht will und jede „Spaltung" ablehnt, um nicht aus der Wiege der „Einheitsfront" zu fallen, so wird klar: Die KPD. hat für immer abgedankt.

Nicht so die Arbeiterklasse. Vor ihr steht ihre Aufgabe, eine Welt zu stürzen und neu zu bauen. Schon geht eine Welle neuer Aktivität durch die Reihen des Proletariats. Mitteldeutschland ist in diesem Sinne ein Markstein auf dem Wege nach vorwärts.

Aufgabe der KPD. und Allgemeinen Arbeiter-Union ist es, die Arbeiterklasse von den Schlacken der gewerkschaftlich-parlamentarischen Politik zu reinigen, ihr die Rechte der günstigen Einstellung zu nehmen und sie so auf die Bahn der praktischen Kampfsolidarität zu leiten, von der aus allein die Aktion der Arbeiterklasse siegreich vorwärtsgetragen werden kann.

Neue Erfolge der KPD.

Etatsbewilligung und mitteldeutscher Streik.

Es scheint, als ob die KPD. auf der Bahn ihres Abrutsches in den Dreck des Arbeiterverrats gar nicht schnell genug „vorwärts" kommen kann.

Ein geradezu unerhörtes Beispiel frechster Provokation der Arbeiterklasse und schamlosester Entblößung der eigenen Schmierigkeit bietet die Rote Fahne vom 25. Oktober, also wenige Tage nach Abwürgung des mitteldeutschen Streiks.

Die Rote Fahne hat an diesem Tage bereits ganz andere Sorgen als diesen Streik. Sie wendet sich erneut der Ossanie mit der „Einheitsfront" zu. An der Spitze des Blattes wird in Fettdruck verkündet:

Koalitionsverhandlungen in Hamburg

und wir erfahren, daß in Hamburg bereits die erste Sitzung zwischen dem ADGB., der SPD. und KPD. stattgefunden hat, um mit denen, die den mitteldeutschen Streik verraten haben, von Seiten der „revolutionären" KPD. zur Koalition zu gelangen. Zwar wurden die Verhandlungen von Seiten des ADGB. und der SPD. noch einmal abgebrochen, die die vor ihm Bauche hatte rutschende KPD. wie ein stinkendes Aas behandelten. Doch zwangen sie im Verlauf der Verhandlungen die KPD. zu einer schriftlichen Erklärung, die ebenso nichtswürdig wie eindeutig ist, und manchem ehrlichen KPD.-Arbeiter endlich die Augen öffnen dürfte. Wir bringen die charakteristischen Stellen der Erklärung, die von der Roten Fahne im Fettdruck gebracht wird, im Wortlaut. Die KPD.-Unterhändler erklärten u.a.: „Wir erklären, daß wir die Gewerkschaften als solchen nicht, sondern mit allen Mitteln unterstützen werden . . .

Wir sind bereit, dem Etat als einer taktischen Frage nach Prüfung zuzustimmen . . ."

Die KPD. wird der SPD. durch die Unterstützung bei Wahlen ihrer Genossen **an verantwortlichen Stellen in Gemeinden Gelegenheit geben, ihre gemachten Versprechungen einzulösen."**

Alle Mätzchen von „sachlicher" Kritik und „